

FORUM

Zeitung der
SAW
Sozialistische Alternative

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

Nr. 195 Januar 1998

Sparen wir uns diese Politik -

eine neue Arbeiterpartei aufbauen!



finanziell ist das System hohl am Ende. Die Massenarbeitslosigkeit und der legale und illegale Rückzug von Unternehmen und Rentnern aus der Steuerzahlung ist immer tiefer. Ob in den Staatskassen. Ob Kürzungen von Sozialleistungen. Ob Mehrwertsteuer oder Sozialversicherungsbeiträge es geht immer um das gleiche: wir, die Arbeitnehmer, Arbeitslosen, Rentnern sollen für die Interessen der Marktwirtschaft zahlen. Sie streiten sich um das "wie".

Claus Ludwig, Köln

Auch 1997 hat Kohl wieder gegessen. Die Oppositionsteilen haben keine Anstren-

gungen gemacht, die Regierung anzugehen. Die SPD hat sich einmal mehr damit hervorgetan, ihre Zusammenarbeit anzubieten und durfte schließlich zur Belohnung konstruktiv an der Erhöhung der Mehrwertsteuer mitwirken.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich im vergangenen Jahr vornehm im Hintergrund gehalten. Doch während die gutbezahlten Arbeitnehmer-Vertreter in den Gewerkschafts-Vorständen sich damit bescheiden, auf eine SPD-Regierung zu warten und hoffen, daß dann alles besser wird, wächst unter der Oberfläche der Widerstand gegen den andauernden Abbau von sozialen Rechten und Leistungen. Die Beschäftigten haben stell-

vertretend für viele ihre Wut vor das Bonner Kanzleramt getragen und mit „Kohl muß weg“-Sprechchören die Marschrichtung klargemacht. Die Studierenden, die überall als brav und angepaßt dargestellt wurden, haben den Herzscheidenden zu verstehen gegeben, daß auch Leute, die sich viel gefallen lassen haben, irgendwann wütend werden. Sie sind nicht nur bei der – berechtigten – Forderung nach mehr Geld für die Hochschulen sehengeblieben, sondern haben die gesamte Ausrichtung der Bildung auf profitable Verwertbarkeit und die Konkurrenz in Frage gestellt.

72 Prozent der Bevölkerung unterstützen die Forderungen der Studis. In einigen Städten

sind auch Schülern in den Streik getreten. Das zeigt die Stimmung unter der arbeitenden und lernenden Bevölkerung. Kohl, Waigel und Co. hätten schon längst aus dem Amt gejagt werden können, wenn Oppositionsparteien und Gewerkschaften den Kampf dafür organisiert hätten.

Arbeitslosen-Rekord

Im Winter wird die Arbeitslosigkeit einen neuen Nachkriegsrekord erreichen. Inzwischen wagt nicht einmal Kohl, von der Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch Lohnverzicht und das freie Spiel des Marktes zu fabulieren. Aber immerhin versuchen Regierung und Wirtschaftsforscher mit Wachstums-Prognosen, die dann 1999 zur „Trendwende“ auf dem Arbeitsmarkt führen sollen, einen Silberstreif an den düsteren kapitalistischen Horizont zu malen.

Doch auch sie geben zu, daß nur der Export die Konjunktur nach vorne bringen kann, daß die Kaufkraft innerhalb Deutschlands nach wie vor sinkt. Allerdings können Waren weder zum Mars noch ins Jenseits exportiert werden. Und die real existierende Weltwirtschaft hat gewaltige Probleme. Die Währungs- und Börsenkrise in Südostasien sind kein Problem der Region, sondern Ausdruck der strukturellen Probleme des Kapitalismus weltweit. Ein erneuter tiefer Konjunkturreinbruch rückt näher (siehe auch S. 2).

Selbst eine Krise wird die

„Sachzwänge“ der Marktwirtschaft verschärften – die „Sachzwänge“, den Reichen zu geben und den Armen zu nehmen. Was keinen Profit bringt, wird nicht mehr gebraucht, das fängt bei der Bildung an und endet bei einer menschenwürdigen Rente.

Daß eine neue CDU-geführte Regierung das Tempo des sozialen Kahlschlags verschärfen würde, ist klar. Hinter dem großen Ausitzer Kohl sitzt schon Scharfmacher Schäuble an der Startlinie. Deswegen dürfen diese Typen keine Chance mehr bekommen.

Sozialdemokraten

Aber was ist die Antwort der SPD? Sie will im Prinzip alles beim Alten behalten, dort etwas flicken, hier einige Zugeständnisse, aber auch sie beugt sich den „Sachzwängen“. Das zeigt die SPD-Politik in den Ländern, wo sie von der Privatisierung bis zum Hochschulrahmengesetz alles mitträgt. Und das zeigen die ersten Monate der sozialdemokratischen Regierungen in Großbritannien und Frankreich. Unter Tony Blairs New Labour ist der Sozialabbau sogar verschärft worden. Nach einer ersten Begeisterungswelle darüber, die verhassten Konservativen endlich losgeworden zu sein, entwickelt sich jetzt der erste Ummut. Wer die marktwirtschaftliche Logik akzeptiert, während dieses System in die Krise schlittert, akzeptiert die Zerrüttung sozialer Errungenschaften. Auch die Grünen gehen

schnurstracks in diese Richtung. In der PDS gibt es auf regionaler Ebene erste Beschlüsse, Privatisierungen zu befürworten. So wird die PDS keine Alternative anbieten können.

Kohl muß weg, aber vor allem muß seine Politik beendet werden. Weder Schröder noch Lafontaine stehen für eine grundsätzlich andere Politik. Deswegen können wir nicht auf eine SPD-geführte Regierung hoffen und warten, sondern müssen den Druck erhöhen. Eine Schröder-Regierung muß vom ersten Tag unter dem Druck einer wachen, kampfbereiten Arbeitnehmerschaft und der Jugend stehen, nur so können soziale Rechte verteidigt werden.

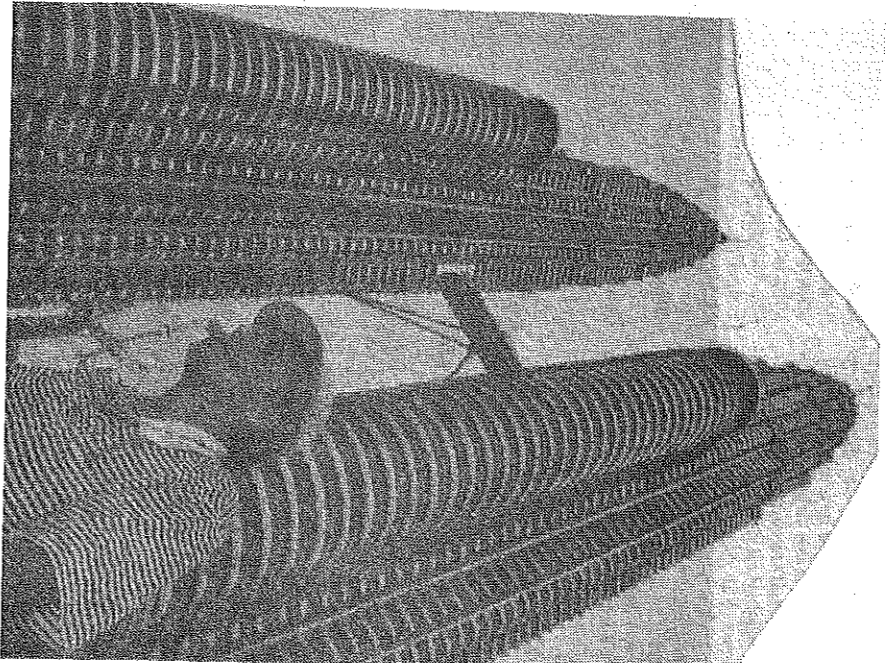
Neue Arbeiterpartei

Aber das wird nicht reichen. International und in Deutschland muß eine neue Arbeiterpartei aufgebaut werden, die sich konsequent für die Arbeitnehmern und Angestellten, Jugendlichen und RentnerInnen einsetzt, die den Widerstand ermutigt und organisiert, die sich mit den großen Banken und Konzernen anlegt und aufzeigt, daß der Kapitalismus abge schafft werden muß. Die Sozialistische Alternative will ihren Beitrag dazu leisten, eine neue Arbeiterpartei aufzubauen. 1998 ist das Jahr, um Kohl rauszukicken. Aber es ist nicht das Jahr, große Hoffnungen in SPD und Grüne zu entwickeln. Werde aktiv, mach mit bei der SAW. ■



Mein zum EUROPA der Banken und Konzerne

auf Taifahrt



Gigantische Vergnügungszentren, leerstehende Bürotürme und immer höhere Wolkenkratzer werden als Beleg asiatischen Größenwahns ins Bild gerückt – als ob es nicht Ähnliches auch in jeder westlichen Metropole gäbe.

„Die Risiken in Asien sind potentiell sehr gefährlich für den Rest der Welt – weit mehr als die westliche Welt bisher zuzugeben bereit war. Das größte Risiko ist eine Schulden-Deflation in Japan, die eine Wiederholung der amerikanischen Erfahrung aus den 30er Jahren sein wird.“ so warnt die internationale Wirtschaftszeitung Financial Times (22. 11. 97) vor einer möglichen schweren Depression in Japan mit Folgen für die Weltwirtschaft.

Angela Bankert, Köln

In der Tat ist die Krise in Südostasien kein „regionales Problem“, sondern der Vorboten einer aufziehenden weltwirtschaftlichen Rezession, die die tiefste Krise der Nachkriegszeit werden könnte. Doch noch überwiegt in Politik und Medien die verbale Gesundheitsberichterstattung. Die Tiger-Staaten hätten sich einfach übernommen und seien zu rasant gewachsen, gepaart mit Größenwahn und Korruption – als ob Korruption und protzige Prestigeprojekte ein asiatisches Problem wären, also ob die rasanten Wachstumsraten von 7-9 Prozent in der neuen Boomregion Südostasien nicht zuvor als Lokomotiv der Weltwirtschaft gefeiert worden wären.

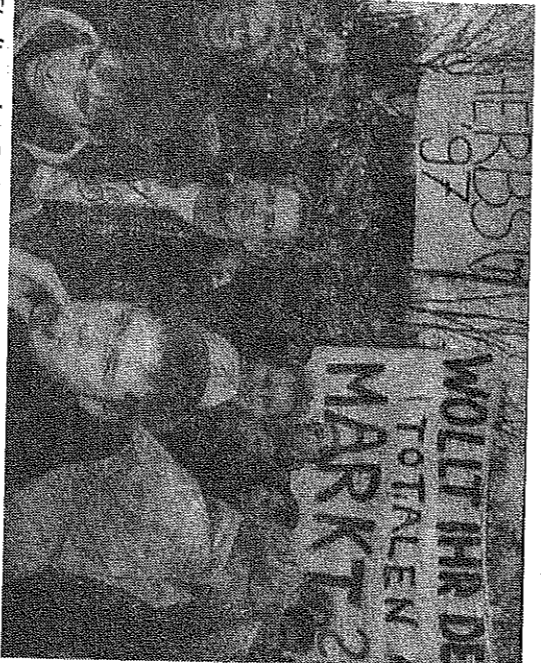
Überproduktionskrise

Damit soll als asiatische Besonderlichkeit dargestellt werden, dass es eine ganz normale Überproduktionskrise des Kapitalismus ist: Auf der globalen Jagd nach profitablen Anlagemöglichkeiten wurde so lange investiert, bis für die im Konkurrenzverfall aufgebaute Überkapazität keine Absatzmärkte mehr vorhanden sind. Würden in den 80er Jahren Auslandsinvestitionen von durchschnittlich 4,7 Milliarden Dollar jährlich in Südostasien getätigt, so investierten internationale Konzerne und Finanzanlagenleger 1996 allein 57 Milliarden Dollar; hinzu kamen weitere 23 Milliarden Dollar Kapitalzufluß nach China. Diese Investitionen gingen zunächst in den Aufbau von Bil-

Abflauende Konjunktur

Das japanische Bankensystem, welches von der eigenen Wirtschaftslaute der letzten 5 Jahre gebentelt ist, ist nun zusätzlich unter Druck geraten, weil die japanischen Banken auch in der Krisenregion uneinbringbare Kredite vergeben haben. Allein das zusammengebrochene Yamachi-Finanzhaus, das zehntgrößte Japans, hatte 24 Milliarden Dollar faule Kredite. Im gesamten japanischen Bankensystem werden faule Kredite von mindestens 800 Milliarden Dollar vermutet – ein Sprengsatz für die Weltwirtschaft (siehe auch VORAN Nr. 194). Japans Wirtschaft ist erneut auf dem Weg in die Stationen der Rezession.

Zeichen des Abschwungs mehrten sich ebenfalls in der US-Wirtschaft. Schon vor der Asienkrise ging die Kapazitätsauslastung der Industrie zurück, stiegen die Verbraucherpreise, gingen die Konjunkturprognosen nach 7 Jahren Aufschwung von einer Abschwächung für 1998 von 3,5 auf nur noch 2,5 Prozent Wachstum aus. Die Krise in Asien, aber auch der Einbruch der Währungen und Börsen in Lateinamerika, verschärft diese Probleme, weil wichtige US-Exportmärkte schrumpfen. 20 Prozent der US-Exporte gehen nach Südostasien, 12 Prozent nach Japan. Auch in den USA gibt es eine spekulative Aufblähung der Aktienwerte, die in keinem Verhältnis zu den Erträgen und Gewinnerwartungen der Unternehmen stehen, was im Abschwung zu deutlichen Börseneinbrüchen



Studierenden-Proteste 1997: Immer mehr Menschen merken, daß Marktwirtschaft nicht das letzte Wort sein kann.

Auswirkungen auf Deutschland

Der Sachverständigenrat, die Bundesregierung und andere Institute erwarten 1998 eine Belebung der Konjunktur in Deutschland. Darauf beruhen auch Haushaltsplannungen, Schätzungen der Arbeitslosigkeit.

Diese Prognose geht von einem starken Anwachsen der Exporte aus. Die private Konsumnachfrage ist wegen der Reallohnsenkungen seit Jahren schwach oder gar rückläufig; die staatliche Nachfrage sinkt wegen der Sparpolitik. Die Hauptstütze der Konjunktur ist in den Dollarraum verblieben. Für 1998 erwarten der Sachverständigenrat ein Exportwachstum von grandiosen 9,5 Prozent! Darauf im wesentlichen beruht seine optimistische

Murkswirtschaft

Wirtschaftliche Prozesse schlagen nicht unmittelbar oder schnell auf Politik und Klassenkampf durch, in letzter Instanz sind sie jedoch entscheidend. Die aufziehende schwere Weltwirtschaftskrise wird Auswirkungen auf das Bewußtsein aller Schichten der Arbeiterklasse und Jugend haben. Sie kommt nach einhalbhundert Jahren nach der Politik mit sinkenden Reallohnern, verschlechterten Lebensbedingungen, sozialem Kahlschlag, strukturell steigender Massenarbeitslosigkeit, obzörem Reichtum einerseits und wachsender Verarmung andererseits. Alle Lohnzurückhaltung und Zugeständnisse, alle „Modernisierungen“ und sogenannten „Reformen“ zu Lasten der Bevölkerung haben keine Wende zum Besseren gebracht – entgegen der Propaganda nicht nur der herrschenden Klasse und konservativer Politiker, sondern auch seitens linker und grüner Politiker sowie Gewerkschaftsführer.

Die Lage für die meisten ist im Gegenteil immer schlechter, die Zukunftsaussichten sind immer unsicherer geworden. Und mit einer bevorstehenden Rezession wird es noch dicker kommen. Je nachdem wie tief die Krise ausfällt, kann sie zunächst Lähmung und Schock wegen drastischem Anstieg der Entlassungen auslösen, doch früher oder später wird sie zu heftiger Gegenwehr der Betroffenen führen. Schon jetzt wächst der Widerstand gegen marktradikale Politik, nicht nur international, sondern auch in Deutschland. Die mit einer halben Million Teilnehmern größte Nachkriegsdemonstration der Gewerkschaften gegen das Sparpaket der Kohlregierung im Sommer 1996, die Streiks gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung, die Bergarbeiterproteste in Bonn im Frühjahr 97, und die Studierendenbewegung in diesem Winter sind wichtige Symptome. Solche Kämpfe werden sich im Zuge der nächsten Rezession verallgemeinern, radikalisieren und erbitterter werden.

Immer mehr Menschen werden nicht nur gegen die Auswirkungen der Marktwirtschaft kämpfen, sondern die Marktwirtschaft selbst infrage stellen. Sie werden erkennen, daß das kapitalistische System nicht Probleme hat, sondern selbst das Problem ist. Die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen wird sich verstärken und die Grundlage für eine größere Offenheit breiterer Schichten gegenüber sozialen Ideen legen.

Köln, 16. 12. 1997

Auswirkungen auf Währungsunion und den Euro

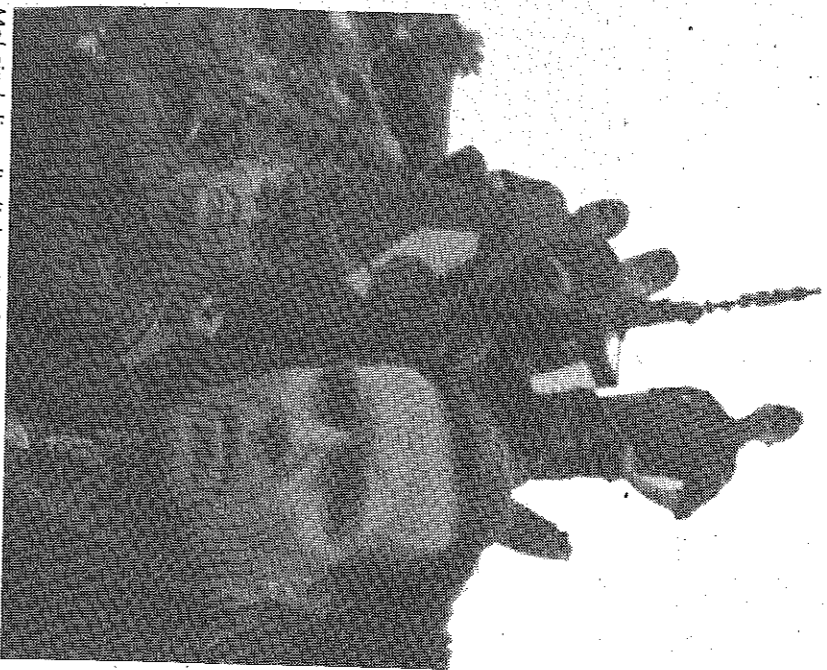
Die jüngsten Finanzmarkt-turbulenzen, der Beginn der wirtschaftlichen Taifahrt und die nähergeückte Perspektive einer weltwirtschaftlichen Rezession machen die Einführung einer Einheitswährung in Europa im Jahr 2002 noch unwahrscheinlicher als bisher schon und setzen neue Fragezeichen hinter den Start der Währungsunion Anfang 1999.

Stabile Währungen und feste Wechselkurse kann es nur geben bei halbwegs stabiler und gleichmäßiger wirtschaftlicher Entwicklung, bei Konvergenz der realwirtschaftlichen Daten. Schon in normalen Zeiten des Kapitalismus ist dies schwer herzustellen. Denn Kapitalismus bedeutet, bedingt durch das Profit- und Konkurrenzprinzip, immer gleichmäßige Entwicklung, Gewinner und Verlierer, unterschiedlich starke Firmen, Städte, Regionen, Staaten. In Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs verschärfen sich Wettbewerb und Disparitäten, die Kluft zwischen arm und reich wird größer, es gibt weniger Gewinner und mehr Verlierer.

In der EU gibt es keine realwirtschaftliche Konvergenz: die Kluft zwischen armen und reichen EU-Regionen wird trotz Strukturprogrammen größer. Buchhaltertricks, Einnahmeforsch durch Privatisierung, Aufschub von Schuldentückzahlungen und ähnliche Manipulationen der Finanzdaten mögen zwar formal dem 3 Prozent-Haushaltsschulden-Kriterium genügen tun. An den Realitäten ändern sie nichts: Schulden lösen sich nicht durch Finanztricks in Luft auf, sie müssen real bedient werden, egal ob früher oder später. Wachsende Schulden bedeuten:

höherer Schuldendienst und real verschlechterte ökonomische Position, das gilt für den Einzelnen ebenso wie für den Staat. Und in der Realität ist der Trend zu stetig wachsender Gesamtverschuldung der Staaten ungebrochen. Die Krise in Südostasien, die sich u. a. im freien Fall ihrer Währungen ausdrückte, bietet viel Anschauungsmaterial für eine Währungsunion: realwirtschaftlich schlechtere Daten bedeuten Schwächung der Währung und Abwertungsdruck. Börsenturbulenzen, Schuldenwachstum. Es so gut wie unmöglich, einen einmal fixierten Wechselkurs bei verschlechterter Wirtschaftslage gegen die Kapitalströme der Finanzmärkte durchzuhalten. Ab dem Start der Europäischen Währungsunion EWU, ja sogar schon im Vorfeld, nämlich ab der Bekanntgabe der Teilnehmerstaaten im Mai 98, sollen die Wechselkurse „unwiderträglich“ aneinandergebunden werden, kein Land mehr eigene Geld- und Zinspolitik betreiben können. Häßen sich die Staaten Südostasiens in einer Währungsunion befinden – und immerhin hatten sie seit 10-15 Jahren hohe Zuwachsraten und feste Wechselkurse zum Dollar – so wäre sie spätestens jetzt auseinandergebrochen, um Abwertungen, Zinsanhebungen und nationale Notprogramme zu ermöglichen und aus der wechselseitigen Gesamthaltung herauszukommen, die eine Währungs-gemeinschaft zwangsläufig bewirkt. Der EWU kann dieses Schicksal schon vor oder kurz nach ihrem Start ins Haus stehen.

Das Märchen vom Einzelkämpfer



Mal sind die „die linken Medien“ schuld, mal haben Neonazis sich geschickt getarnt. Nur eins will Rühne nicht zugeben: der Fisch stinkt vom Kopf her.

Ein verrückter Rechtsterrorist namens Manfred Roeder wird zum Vortrag an die Bundeswehr-Führungssakademie in Hamburg eingeladen, spricht zum Thema Re-Gerlinnigrad, früher Ostpreußen – und die versammelten Führungsskader der Bundeswehr finden, das Zusammensein verlief „ganz normal“, dümmlicherweise hätten sie nichts Auffälliges bemerkt.

Klaus, Berlin

Da kann man dem „Deutsch-Russischen-Gemeinschaftswerk“, das sich ebenfalls um die Rückholung von Ostpreußen heim ins Reich bemüht und von Herrn Roeder mitverantwortet wird, auch gleich mit allerlei Gerätschaften unter die Arme greifen.

tiert.

Es geht nicht nur darum, daß auch Offiziere in diese Skandale verwickelt sind, sondern darum, daß dies keine Einzelfälle sind, sondern die Bundeswehr selbst den Nährboden für rechtsradikales Gedankengut bildet.

Die Bundeswehr wurde von Wehrmachtsoffizieren aufgebaut. Noch heute sind 30 Bundeswehrkasernen nach Wehrmachtsgeoreien benannt, die sich im Zweiten Weltkrieg „bewährt“ haben. Trotz anderslautender Beteuerungen durch Volker Rühle sieht sich die Bundeswehr auch heute noch in der Tradition der Wehrmacht.

Dies wird u. a. auch in den Bundeswehr-Filmschauen deutlich: dies sind offizielle Videofilme, die den Wehrpflichtigen vorgeführt werden. Dort wird zum Beispiel im Rahmen des Gedenkens der Attentäter vom 20. Juli 1944 ein Trennungsschnitt zwischen Wehrmacht und Naziregime gezogen. Eine solche Trennung ist aber unmöglich, denn die Wehrmacht war selbstverständlich Hauptstütze der faschistischen Eroberungs- und Ausrottungspolitik. Die Offiziere des 20. Juli kamen ja erst nach militärischen Niederlagen auf die Idee des Attentats, nicht aufgrund des Holocaust. Die Bundeswehr bezieht sich ausdrücklich auf die-

„Im Dienstbuch als Unteroffizier vom Dienst (UVD) dokumentierte ich ausführlich Nazi-Kritzeleien und entsprechendes Gegröhle von Soldaten. Vom Spielf wurde ich darauf zu Rede gestellt, Was soll denn das? Damit war meine Dokumentation gemeint.“

Kommissare mit rechtsradikalem Hintergrund, die 1997 offiziell registriert wurden – das alles wird uns von Verteidigungsminister Rühle nach wie vor als „bedauerliche Einzelfälle“ und „Einzelgänger“ präsentiert.

Enteignet Kirche!



Marktwirtschaft im Sport: wer zahlt, darf die WM sehen, mit wenig Geld gibt es die Wiederholung der Kreisliga B.

Liebe Fußballfans,
genießen wir die Weltmeisterschaft im nächsten Jahr noch einmal in vollen Zügen. Denn wenn es nach dem Willen der Mächtigen in diesem Lande geht, dann wären das die letzten, die man ohne eine Extragebühr sehen kann.

Für die Jahre 2002 und 2006 hat sich der Medienunternehmer Leo Kirch die „Rechte“ an Übertragungen der Spiele für 3,4 Milliarden DM gesi-

chert.
Und Leo Kirch ist nicht irgendeiner. Er ist Hauptaktionär des Springerverlages, (Bild, Welt, HörZu etc.) dem größten Zeitungsimperium Deutschlands.

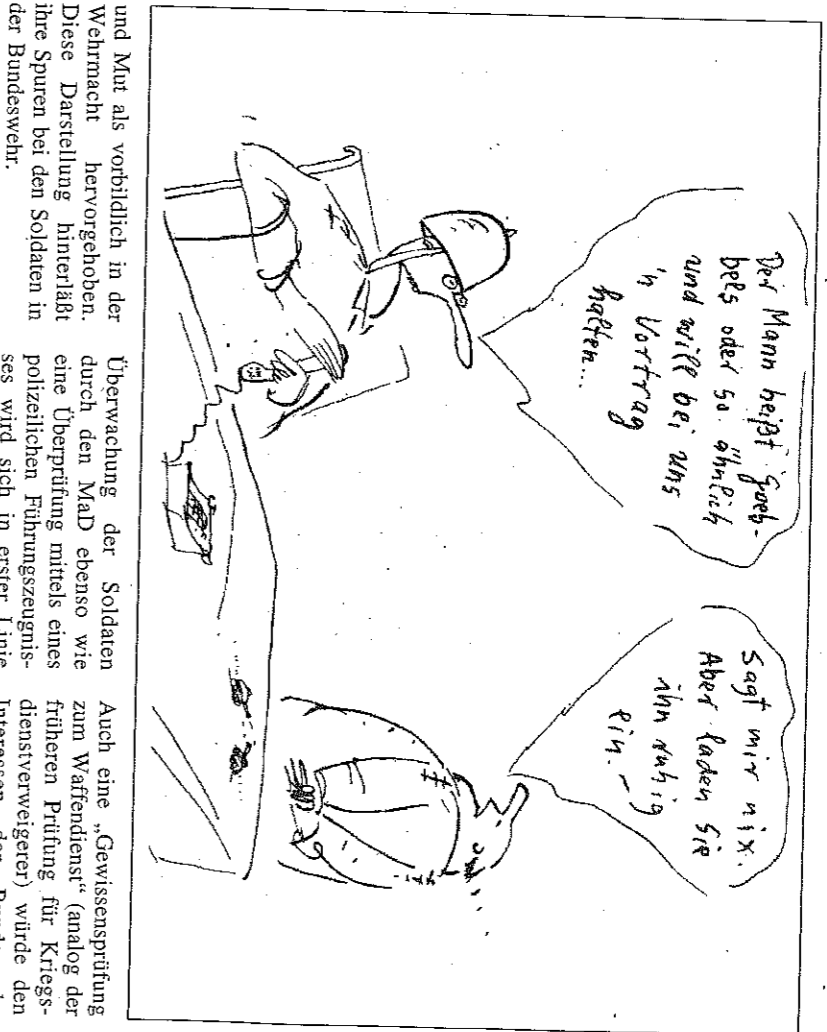
Sein Hauptbühnenfeld ist allerdings der Handel mit Filmen. Die meisten Hollywoodstreifen müssen hierzulande teuer bei Kirch eingekauft werden. In den vergangenen Jahren hat er gezielt eigene Sender

aufgebaut. Pro7, SAT1 und DSF gehören zu seiner Firmengruppe. Das ist aber noch längst nicht alles. Zusammen mit seinem ärgsten Konkurrenten Bertelsmann (Stern, Spiegel, RTL) betreibt er den Kanal „Premiere“, der zwar ohne Werbeunterbrechung läuft, aber nur mit einem Decoder zu empfangen ist, welcher natürlich das entsprechende Kleingeld kostet.

Der neueste TV-Schrei ist allerdings das digitale Fernsehen. Mit verbesserter Technik soll es möglich werden, über ein Angebot von verschiedenen Sendern sich selber das Fernsehprogramm zusammenzustellen. Argertlich ist nur, daß für jede einzelne Sendung gezahlt werden muß. Der von Kirch gegründete digitale Sender kam bisher aufgrund der hohen Kosten bei den Kunden nicht sonderlich gut an.

Durch die riesigen Werbekosten und die Vorfinanzierungen ist Kirch unter großen finanziellen Druck geraten. Deshalb sah er sich vor einiger Zeit gezwungen, einen Kredit von mehreren hundert Millionen zu beantragen. Dieser wurde ihm großzügig von einer bayerischen Staatsbank gewährt.

Dieser Kredit ist kein Wammus, denn der stramme Katho-



und Mut als vorbildlich in der Wehrmacht hervorgehoben. Diese Darstellung hinterläßt ihre Spuren bei den Soldaten in der Bundeswehr.

Ferner konnte ich als ehemaliger Wehrpflichtiger selbst erfahren, daß die Bundeswehr auf dem rechten Auge blind ist. So dokumentierte ich im Dienstbuch als UVD (Unteroffizier vom Dienst) ausführlich Nazi-Kritzeleien und entsprechendes Gegröhle von aus dem Wochenenau heimkehrenden Soldaten. Vom Spielf wurde ich darauf zu Rede gestellt: „Was das denn soll?“ Damit waren aber nicht die Kritzeleien gemeint, sondern meine ausführliche Dokumentation, die nicht aus dem Dienstbuch gestrichen werden durfte. Weitere Konsequenzen hatten diese Einträge aber nicht.

Das gute Image der Bundeswehr nach dem perfekten inszenierten Einsatz gegen die Flutkatastrophe im Odebruch wurde durch die Flut von Meldungen rechtsradikaler Aktivitäten weggespült. Die nun angekündigten Gegenmaßnahmen sind dabei nicht nur Alibihandlungen. Denn eine verschärfte

lik Kirch vertigt über segensreiche Kontakte zur CSU und zu Kanzler Kohl.

Um so heuchlerischer ist es, wenn Störber und Co jetzt aufheulen, nachdem Kirch ankündigt, er werde die WM-Spiele ab 2002 gegen Gebühr auf seinem digitalen Sender übertragen, um so diesem zum Durchbruch zu verhelfen.

Nur durch die Empörung breiter Teile der Bevölkerung haben sich die Ministerpräsidenten genötigt, gegen Kirch vorzugehen und die Übertragung aller Spiele der deutschen Kicker zu fördern.

Ich habe das Wochenendticket weidlich genutzt: Sylt, Salzbürg, Stralburg, Berlin oder auch nur einen kurzen Trip ins nahe Venlo. Für mich – des öfteren bei knapper Kasse – waren diese Ausflüge dank des günstigen Fahrpreises erschwinglich. Hätte ich doch sonst teilweise das 10fache bezahlt. Auch für Besuche bei meiner Freundin – wohnhaft im 760 km entfernten Cottbus – spielt das „Schöne Wochenend-Ticket“ eine große Rolle, sparen wir doch so jeden Monat 630 DM.

7 DM pro Nase für Hin- und Rückfahrt an einem beliebigen Ort und beliebig weit: Das kam der alten Forderung nach Nulltarif für öffentliche Verkehrsmittel schon erfreulich nahe. Profitert haben von diesem Angebot vor allem Menschen mit wenig Geld: Arbeitslose, Sozialhilfe-EmpfängerInnen, SchülerInnen und StudentenInnen.

Finanzziel nicht so gut gestellte junge Frauen, die bis zur Einführung des „Schönen Wochenend-Ticket“ getrampt sind, konnten auf den Zug umsteigen und waren somit weitaus geringeren Gefahren möglicher Übergriffe ausgesetzt. Tausende junger Frauen mögen wohl so gedacht haben und aus diesem Grund das Angebot der Deutschen Bahn AG genutzt haben.

Seit Einführung dieses Angebots der DB-AG sind die Nahverkehrszüge jedes Wochenende voll. Mehr kann sich doch ein Verkehrsunternehmen nicht wünschen? Sollte die DB-AG das Wochenend-Ticket abschaffen, werden die Züge wieder gähnend leer sein. Gleichzeitig kündigte die Bahn AG massiven Stellenabbau in den nächsten Jahren an. Was für eine absurde Politik zu Lasten der Bevölkerung und der Umwelt.

Nicht mehr leer fahren die Züge und Busse in einer belebigen Kleinstadt: dort haben die Gemeindeväter und mütter den kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr eingeführt, was von der Bevölkerung lobend begrüßt wurde. Ein gutes, nachahmenswertes Beispiel.

**Kundenabbau bei der Deutschen Bahn AG
Kein schönes Wochenende**

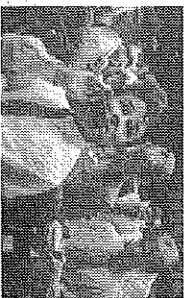
Traurig, aber wahr: die Deutsche Bahn AG will das erst im Frühjahr 1995 eingeführte „Schöne Wochenende-Ticket“ einstellen. Damit können bis zu fünf Personen wochenends in Nahverkehrszielen beliebig viel und weit innerhalb von 50 Stunden fahren für pauschal 35 DM. Ab Januar sollen nur noch kinderreiche Familien in den Genuss dieses Angebots kommen.

Jörg Blumenfeld, Köln

richten, die ein Gegengewicht lich werden billige und rechtlich zum braun-schwarzen Fitz in se Soldaten für anstehende der Bundeswehr bilden wollen. Auslandsensätze gebraucht.

Trotz anderslautender Beteuerungen sieht sich die Bundeswehr auch heute noch in der Tradition der Wehrmacht. Begangene Kriegsverbrechen werden als nicht wehrmachtspezifisch betrachtet.

Ihr da
oben ...



Wechselfälle

Die bundesweit umfangreichste Ausverkaufs-Politik der Berliner Senat, der von der Energieversorgung bis zu den Wasserwerken alles unter dem Wasserzeichen des Umständens auf den Markt wirft. Der Vorsitzende der Berliner ötv, Kurt Lange, war noch bis vor kurzem einer der heftigsten Kritiker dieser Politik zu Lasten der Beschäftigten und der Kunden. Doch solche Erwägungen werden "höchst zweitrangig, wenn es um die eigene Karriere geht. Ab Februar wird Lange einen Sitz im Aufsichtsrat des privatisierten Energieversorgers BEWAG einnehmen, mit einem Jahresgehalt von rund 700.000 DM. Wer solche Arbeitnehmer"vertreter" hat, der braucht keine Feinde mehr...

Diäten mehr wert

Zum 1. April 1998 sollen die von Regierung und SPD beschlossene Mehrwertsteuererhöhung in Kraft treten, damit die notleidenden Unternehmer nicht mit höheren Lohnnebenkosten belastet werden. Die Bundestagsabgeordneten selbst werden die Mehrwertsteuererhöhung weniger spüren. Am 1. April tritt auch die nächste Diäten-erhöhung in Kraft und beschert ihnen rund 500 DM mehr Einkommen.

An solch konsequenter Interessensvertretung sollte sich die ÖTV-Führung ein Beispiel nehmen, und in der laufenden Tarifrunde entsprechend mehr Festschlag fordern.

Arme Millionäre

Die Steuerklärungen von 633 ausgewählten Einkommensmillionären des Jahres 1995, ließ das NRW-Finanzministerium prüfen. Dabei kam es heraus, daß sie durch 1000 ganze legale Tricks allesamt fast keine Steuern zahlen, ja sogar im Einzelfall bis zu 300.000 DM Steuererstattungen vom Finanzamt überweisen bekommen. Allein diese 633 Reichen haben Steuerverluste von 1 Milliarde DM verursacht. Das ist etwa die Hälfte der Bafög-Ausgaben bundesweit.

Bescherung

Während viele ArbeitnehmerInnen ein stark gekürztes oder gar kein 13. Monatsgehalt erhielten, durften sich ehemalige Minister über üppige fünfstellige Weihnachtsgeldzuwendungen freuen, obwohl sie gar nicht mehr im Dienst sind. Zum Beispiel Hans-Dietrich Genscher: 16.025 DM. Ex-Forschungsminister Reschenaber 11.517 DM. Ex-Justizministerin Leutensers-Schnarrenberger 10.684 DM.



Die Studenten sind im Streik ...

Und wann streikt der öffentliche Dienst?



Statt Zugeständnissen ist der Einsatz der Kampfkraft nötig.

Die bundesweite Studierendenbewegung hat die Kämpfe für bessere Studienbedingungen und gegen die Umwandlung des Studiums in eine Elitebildung für die Kinder reicher Eltern zusammengefaßt. Trotz fehlender ökonomischer Druckmittel haben die Studierenden zumindest erste Zugeständnisse in Form von „Notprogrammen“ (z.B. 40 Millionen DM von Rüttgers) erreicht. Wenn schon ein Streik der Studenten die Bundesregierung einschüchtern kann, welchen Effekt hätte dann erst ein massiver Streik im öffentlichen Dienst!

Die Studenten kämpfen für ihre Interessen mit allen Mitteln, die sie haben. Wann endlich kämpft die ÖTV für die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst mit den viel stärkeren Mitteln, die sie hat?

Georg Lohmeier, Aachen, ÖTV-Mitglied

Die Tarifrunde findet vor dem Hintergrund einer horrenden Arbeitslosigkeit statt. Hier will die ÖTV-Führung gegen Steuern mit Altersteilzeit, Arbeitszeitkonten, Abbau von Überstunden und allgemeine Arbeitszeiterkürzung (Tarif-Info 1, 18.9.97).

Das hört sich im ersten Mo-

ment gut an – ist es aber nicht. Flexibilisierung der Arbeitszeit (Arbeitszeitkonten) schafft keine Arbeitsplätze, im Gegenteil. 50 Wochenstunden bei Bedarf und Abfeiern der Überstunden in „ruhigeren“ Zeiten kann nur dem Abbau von Personal dienen.

Abbau von Überstunden ist

im Prinzip eine gute Sache, aber wer macht denn Überstunden bloß zum Spaß? Überstunden werden gemacht, weil sonst das Geld nicht reicht. Wenn Überstunden abgebaut werden sollen, dann muß das durch eine entsprechende Erhöhung des Grundlohns ausgeglichen werden.

Auch Arbeitszeiterkürzung ist im Prinzip eine gute Sache – wenn sie denn mit vollem Lohn- und Personalausgleich

Ein Regierungswechsel in Bonn bedeutet noch lange keine Verbesserungen für den öffentlichen Dienst. So hat Schröders Kabinett in Niedersachsen die Verlängerung der Arbeitszeit für mehr als hunderttausend BeamtInnen auf 45 Wochenstunden beschlossen – trotz gegenteiliger Vereinbarungen mit den Gewerkschaften (ÖTV-Magazin 10/97).

einhergeht. Das funktioniert aber nur bei Verkürzung in großen Schritten um mehrere Stunden pro Woche. Kleine Schritte, wie die Verkürzung von 40 auf 38,5 Wochenstunden, werden durch Arbeitsverdichtung und Rationalisierung sofort wieder aufgefressen.

Nicht lange Arbeitszeiten und Überstunden sind die Ursachen der Arbeitslosigkeit, sondern gestiegene Produktivität, Rationalisierungen und damit einhergehender Abbau von Arbeitsplätzen. Deshalb läßt sich die heutige Arbeitslosigkeit auch nicht allein durch Arbeitszeiterkürzung – und schon gar nicht mit Lohnverzicht – beseitigen, sondern nur durch ein massives staatliches Investitionsprogramm. Hierfür muß Druck auf die Regierung gemacht werden. Alles andere ist Augenwischerei, die von den wirklich wichtigen Themen dieser Tarifrunde ablenkt.

Bundestagswahlen

Im Herbst 1998 stehen die Wahlen zum Bundestag an. Und auf diese Wahlen richtet die Gewerkschaftsführung –

nicht nur der ÖTV – ihre ganzen Hoffnungen auf eine grundlegende Besserung der Situation. „Die Tarifpolitik kann allein keine Umkehr der Abwärtsspirale oder gar eine spürbare Trendwende einleiten“, heißt es im Tarif-Info.

Aber ein Regierungswechsel in Bonn bedeutet noch lange keine Verbesserungen für den öffentlichen Dienst. So hat Gerhard Schröders Landeskabinett in Niedersachsen die Ver-

längerung der Arbeitszeit für mehr als hunderttausend BeamtInnen auf 45 Wochenstunden beschlossen – trotz gegenteiliger Vereinbarungen mit den Gewerkschaften (ÖTV-Magazin 10/97).

In SPD-regierten Ländern und Kommunen werden Kürzungen, Privatisierung und Senkung des Reallohniveaus genauso durchgezogen wie in Bonn. Wenn sehen wir uns denn in den Tarifverhandlungen gegenüber? Hauptsächlich SPD-Politikern, die sich in ihren Arbeitgeber-Allüren kein bisschen von denen der CDU unterscheiden. Eine SPD-geführte Bundesregierung würde nur untermassivem Druck von diesem Kurs abweichen. Deshalb ist es nötig, die jetzt offensiv für Verbesserungen zu kämpfen.

Abwehrkampf?

„Auf harten Abwehrkampf einstellen“ sollen wir uns laut Tarif-Info Nr.3 (3. 11. 97). Heißt das, daß die ÖTV jetzt kämpfen, sprich streiken, wird? Oder daß wir uns einmal mehr auf einen langen „Kampf“ am

Verhandlungstisch mit einem faulen Kompromiß als Ergebnis einstellen sollen? „Kämpfe“ der letzten Art haben wir in der Vergangenheit genug erlebt. Sie haben uns Reallohnverluste, Streichung von AZV-Tagen und weitere Privatisierungen gebracht. Nicht gebracht dagegen haben sie neue Arbeitsplätze oder eine Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen im Interesse der Bürger. In dieser Tarifrunde geht es nicht nur darum, die unverschämten Angriffe der öffentlichen Arbeitgeber abzuwehren, sondern auch die Verluste der letzten Jahre auszugleichen.

Reallohnsteigerungen, Stop der Privatisierungen und Neueinstellungen im öffentlichen Dienst sind die Themen, die die Gewerkschaft jetzt offensiv vertreten muß. Daß es möglich ist, solche Forderungen durchzusetzen, haben uns die französischen LKW-Fahrer gezeigt. Diesem Beispiel muß die ÖTV in dieser Tarifrunde folgen.

Reallohnverluste, gestiegene Arbeitslosenzahl und Stellenabbau haben den Unmut im öffentlichen Dienst geschürt. Zehntausend AltenpflegerInnen demonstrierten am 2. September 97 in Köln gegen unerträgliche Missetände in der Altenpflege – organisiert von AltenpflegerInnen an der Basis. Die Bereitschaft zum Arbeitskampf gegen die Angriffe der Arbeitgeber und für höhere Löhne ist vorhanden. Sie muß jetzt genutzt werden. Wenn sich die ÖTV nur auf Verhandlungen beschränkt, wird wieder ein fauler Kompromiß herauskommen – genauso wie 1996.

Diesmal werden die Arbeitgeber die Lohnfortzahlung benutzen, um an anderer Stelle Zugeständnisse zu erpressen. Dem müssen wir entgegenreten mit dem einzigen Mittel, daß die Arbeitgeber zum Einlenken zwingen kann – dem Streik.

Für einen solchen Streik muß Druck von der Basis gemacht werden. Nur dann wird die Tarifrunde für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes etwas bringen. ■

„Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ gegen Lohnverzicht

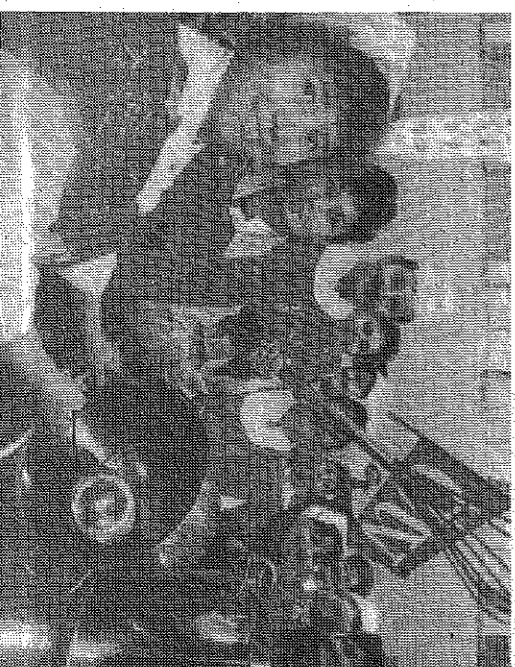
Kritischen und kämpferische KollegInnen in der ÖTV zu haben sich seit Sommer 96 zu einem Netzwerk zusammengeschlossen. Die Unterstützer dieses Netzwerkes verstehen sich als in-gegengewerkeltliche Opposition gegen die Politik des Co-Managements der ÖTV-Spitze.

Das dritte bundesweite Treffen des Netzwerks fand im November statt. Teilnehmer konnten berichten, daß die erste Ausgabe der Netzwerk-Zeitung auf großes Interesse bei den KollegInnen stieß. Seit dem letzten Treffen sind neue Interessen zum Netzwerk gestoben und in weiteren Städten wurden örtliche Gruppen ge-

Bei der Sitzung der Großen Tarifkommission im September, als es um das Thema Arbeitszeiterkürzung ohne vollen Lohnausgleich ging, hat das Netzwerk eine Protestlobby organisiert und mit dazu beigetragen, daß ötv-Vorsitzender Mai mit seiner Lohnverzichtspolitik nicht durchkam. Das Netzwerk verabschiedete eine Resolution zur aktuellen Tarifrunde. Der Position von Mai und Co. zu Arbeitszeitkonten, Flexibilisierung und Altersteilzeit wird die Forderung nach 32-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ein Rententaler von 58 Jahren bei vollen Rentenbezügen gegenübergestellt. Zusätzlich fordert das Netzwerk in dieser Tarifrunde eine Lohnerhöhung von 400

Es wurde beschlossen, eine Spendenkampagne zur Finanzierung der Kosten des Netzwerks zu organisieren. Das nächste bundesweite Treffen soll im März 1998 stattfinden. Dazwischen sollen regionale Treffen organisiert werden. Ende November soll die nächste Netzwerkzeitung herauskommen. Bei der nächsten Sitzung der Großen Tarifkommission ist wieder eine Netzwerk-Lobby geplant. Die Ergebnisse des bundesweiten Netzwerk-Treffens werden in einem Rundbrief an die Unterstützer verschickt.

Wer Interesse an dem Rundbrief und am Netzwerk hat, kann sich wenden an: Angelika Teweleit, Weiße Breite 50, 34130 Kassel, Tel.



Wannstreik an den Freiburger Uni-Kliniken: Nach der Ausgliederung der Kliniken aus dem Landeseigentum droht die Verschlechterung der tariflichen Standards. Die

Was steckt hinter dem HRG?

WISSEN
SEITE 3

Ist es reine Dummheit, welche die Regierung dazu bringt, die HRG-Novelle umzusetzen? Sehen die Politiker und Wirtschaftsleute nicht, daß sie ohne ein gutes Bildungssystem Schwierigkeiten bekommen werden?

Claus Ludwig, Köln

Das Hochschulrahmengesetz mit seiner Spaltung in Elite-Institute und Massen-Unis und der stärkeren Auslese der Studierenden ist nicht das Ende der Geschichte. Wenn man die Studiengänge in gut qualifizierte und teilweise qualifizierte aufteilt - der Ehrlichkeit halber sollte mensch „qualifiziert“ durch „verwertbar“ ersetzen -

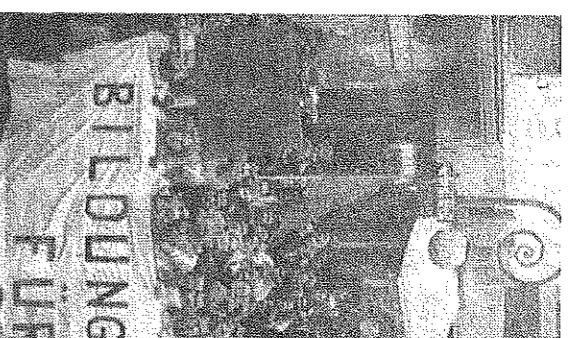
Hauptschule im Arbeitervertel. Zusammen mit weiteren Kürzungen der Bildungshaus-halte wird das dazu führen, daß viele Schulen in ihrer häufigen Substanz weiter verfallen und gerade eben den nötigen Unterricht organisieren können - natürlich ohne Projekte, Hausaufgabenhilfe oder sonstigen Firtelanz - während andere Schulen wolfausgestattet die kommende „Elite“ ausbilden.

umgesetzt. Die Bildungsfabriken sollen das produzieren, was gebraucht wird. Die Unternehmer wissen, daß sie in den nächsten Jahren nicht mehr Fachkräfte brauchen, sondern weniger. Für ca. 15 Prozent jedes Schulabgängerjahrgangs ist die Arbeitslosigkeit ohnehin vorgezeichnet, Tendenz steigend.

Nach 1968
Anfang der 70er Jahre wurden die Hochschulen für Arbeiterkinder geöffnet, der alte universitäre Müff wurde durchgerüttelt, der Anteil der akademisch Gebildeten stieg. Dies war kein Geschenk der Herrschenden, sondern wurde von der Studierenden-Bewegung erkämpft. Noch heute müssen Rüttlers und Co. sich abstrampeln, um die Reformen dieser Zeit zu deformieren.

Fachkräftemangel?
Das Bildungsniveau insgesamt wird sinken, der Anteil der vom Wissen Abgekoppelten wachsen. Das Gelammere

Doch der Kapitalismus konnte sich diese Verbesserungen leisten. Auch ohne Studierenden-Bewegung hätten Veränderungen auf der Tagesordnung gestanden. Die Unternehmen brauchen mehr Fachkräfte als die bürgerlich-akademischen Familien produzieren konnten.



60er zurück. Sie wollen Arbeiterkindern nicht völlig den Zugang zur Uni verwehren. Aber sie wollen, daß Studierende aus einfachen Verhältnissen sich im Konkurrenzkampf durch das Studium beißen, ohne nach links und rechts zu gucken und womöglich überflüssige Bildung zu tanken, die zu dummen Fragen führt.

Die CDU hat in ihrem Bildungsprogramm „Gesellschaft von morgen“ formuliert, wie sie sich die Zukunft vorstellt: 2 Prozent Elite, 18 Prozent Akademiker, 55 Prozent mittlere und untere Abschlüsse und 15 Prozent ohne Abschluß. Na dann gute Nacht!

Das ist auch nicht neu, die Aufteilung in Gymnasium, Haupt- und Realschule bewirkt genau das. Jetzt wird über das private Sponsoring für Schulen diskutiert. Die Unternehmer-Brieftasche für das Gymnasium in der Stadtmitte wird natürlich lockerer sitzen als für die

der Firmen, die BewerberInnen um einen Ausbildungsplatz wären „unterqualifiziert“, wird lauter. Wer denkt, daß der Mangel an Fachkräften und der Fall des Bildungsniveaus ein Problem für die Regierung und die wirtschaftlich Mächtigen ist, macht einen Fehler. Mit dem HRG wird die Marktwirtschaft konsequent

Sie wollen viele Menschen, die gelernt haben, flexibel zu handeln - und das lernt man bei den Zuständen an den Unis! - und als Arbeitnehmer zur Verfügung stehen, ohne allzu hohe Ansprüche zu haben. Und sie wollen, daß höhere Bildung nicht als Recht angesehen wird, sondern als Privileg. Vielleicht fließen dann auch mehr Stipendien a la USA, um mehr Menschen den Zugang zur Bildung zu erlauben. Hauptsache, niemand fordert seine Rechte, sondern alle akzeptieren, daß man entweder das Geld hat oder es von den Reichen „geschenkt“ bekommt.

daher für eine sozialistische Gesellschaft, in die Bildung nicht nur Zulieferer für private Profitinteressen ist, sondern zum Wohle der Mehrheit eingesetzt wird. Dann wird es im Interesse der Gesellschaft sein, Bildung nicht zu beschränken, sondern die Fähigkeiten aller Menschen zu nutzen, die sinnige Trennung von Hand- und Kopfarbeit aufzuheben und die Studiengänge für alle zu öffnen. Studiengänge könnten dann tatsächlich kürzer und praxisorientierter werden, doch nicht im Sinne der fachdidonischen Linie von Rüttgers, sondern weil so mancher bürokratische Unsinn entfallen würde, der heute das Leben an den Unis schwer macht.



Inanka Pigors

SAV-Mitglied und Aktivistin an der Uni Bremen

„Die Uni Bremen feiert in diesem Jahr ihr 25jähriges Bestehen - und gleichzeitig die Abkehr von allen fortschrittlichen Ideen, die bei ihrer Gründung Pate standen. Die Uni-Letung und die Bremer Politiker wollen lieber einen „Wissenschaftsbetrieb“ daraus machen, der den Ansprüchen der freien Wirtschaft gerecht wird. Unser dreitägiger Streik gegen die Einführung von Verwaltungsgebühren von 90 Mark zwang den Senat dazu, diesen Plan wieder fallen zu lassen. Bei einer Bremer Vollversammlung wurde eine Resolution begeistert angenommen, die sich gegen die Benachteiligung ausländischer Studierender richtet. Sie fordert unter anderem die Aufhebung der Ausländergebühren und ein elternunabhängiges Batög für alle, unabhängig von der Nationalität.“

die Kapitalbesitzer haben sich aus der Finanzierung der öffentlichen Kassen zunehmend zurückgezogen. Der Staat, der laut SPD-Angaben dazu da sein sollte, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, entpuppt sich als Netto-Umverteiler zugunsten der Reichen, der durch Subventionen und Infrastruktur wie Bildung und Gesundheit für den Weiterbetrieb des Systems sorgt, dafür aber den ArbeitnehmerInnen die Rechnung präsentiert. Weder Daimler noch Kohl wollen natürlich zur geringen Anzahl an Studierenden der

der schließten sich den Protesten an. Die Jugend wird wieder zu einer treibenden Kraft bei den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Ausgehend von konkreten hochschulpolitischen Forderungen vollziehen sich eine Radikalisierung und Politisierung der Bewegung. Die Umanungsstrategie der Politiker war ein Eingang. Viele haben erkannt, daß sie an der Nase herum geführt werden sollen, und gerade wegen der heuchlerischen Reaktion von Rüttgers und Konsorten weitergesteuert. Studierende gehen mehr und mehr zu radikalen Protestformen, zu Straßen- und Gleichblockaden, Besetzungen über. Parolen gegen Kohl und die Politiker nehmen einen größeren Raum ein als zu Beginn der Proteste.

Ob Bergarbeiter, Fernfahrer oder Studierende streiken - im Endeffekt sind die Inhalte gleich. Wieviel effektiver wäre es da, wenn wir gemeinsam auf die Straße gingen.“
Boris Schneider, Mitglied im Stupa der Uni Köln und der Sozialistischen Alternative

Warum die Studierendenbewegung politisch ist

Angenehm finden alle unseren Protest toll. Selbst diejenigen, gegen die er sich richtet: „Zukunftsminister“ Rüttgers findet, die Studierendenproteste seien eine „Bestätigung“ für ihn.

Daniel Behrui, Mitglied im Streikkomitee der RWTH Aachen

Kürzungs-Kanzler Kohl erdreistet sich „Sympathie und Unterstützung“ für uns zu bekommen. Arbeitgeberpräsident Hundt verbindet dasselbe sogar gleich mit der Forderung nach Studiengebühren! Nach dem Motto „Wenn ich meinen Feind nicht schlagen kann, dann umarme ich ihn“ haben sie versucht, die Proteste zu empfindsieren und zu vereinnahmen.

Geld“ ist der Tenor in den Medien. Uns Studierenden ist aber klar, daß es um viel mehr geht. Es geht um unsere Zukunft! Mit der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) wird der Elite-Bildung der Weg bereitet. Die Hochschulbildung soll nach den Interessen von Konzernen und Banken ausgerichtet werden. Die schon jetzt kaum vorhandene Demokratie an den Hochschulen wird weiter abgebaut. Auch dagegen richtet sich unser Protest!

Diese Bewegung hat enorme Auswirkungen auf das politische Bewußtsein der beteiligten Studierenden, eine größere Offenheit für Systemalternativen und sozialistische Ideen entwickelt sich.

Jude Ritchie sprach als Vertreter der britischen Kampagne „safe free education“ auf der NRW-weiten Studierenden-Demonstration am 4. 12. 1997 in Düsseldorf und beim Jugendstreiktag von 6500 SchülerInnen, Studierenden und Auszubildenden in Kassel. Er ist Mitglied der Sozialistischen Partei, der britischen Schwesterpartei der SAV.
„Am ersten Mai haben wir in Großbritannien die rechte Tory-Regierung aus dem Amt gejagt. Ich bin sicher, ihr wollt auch die Kohl-Regierung von hinten sehen. Die Studierenden waren bei uns die enthusiastischsten Blair-Unterstützer, weil Blair gesagt hat, seine Politik habe drei Prioritäten: Bildung, Bildung und Bildung. Doch nur sechs Wochen nach seiner Wahlstieg hat Blair das kostenlose Bildungswesen zerschlagen: und Studiengebühren eingeführt und die staatlichen Beihilfen für Studierende abgeschafft. Die ehemals linken, sozialdemokratischen Parteien sind nach rechts gegangen und machen Politik für das große Kapital. Wenn diese Parteien nichts mehr für uns machen, ist es vielleicht an der Zeit, unsere eigene Partei zu gründen.“



Jude Ritchie

„Safe Free Education“, London

Medien und Politiker wollen ein ganz bestimmtes Bild von unseren Protesten in der Öffentlichkeit malen. Wir seien „politisch“, nicht wie die „bösen 68er“. Kohl setzt „Vertrauen“ in uns, denn wir wollen „den Staat unterstützen“, noch „die Verfassung ändern“.

immer weniger Geld für Bildung verbüßert werden, während

immer weniger Geld für Bildung verbüßert werden, während

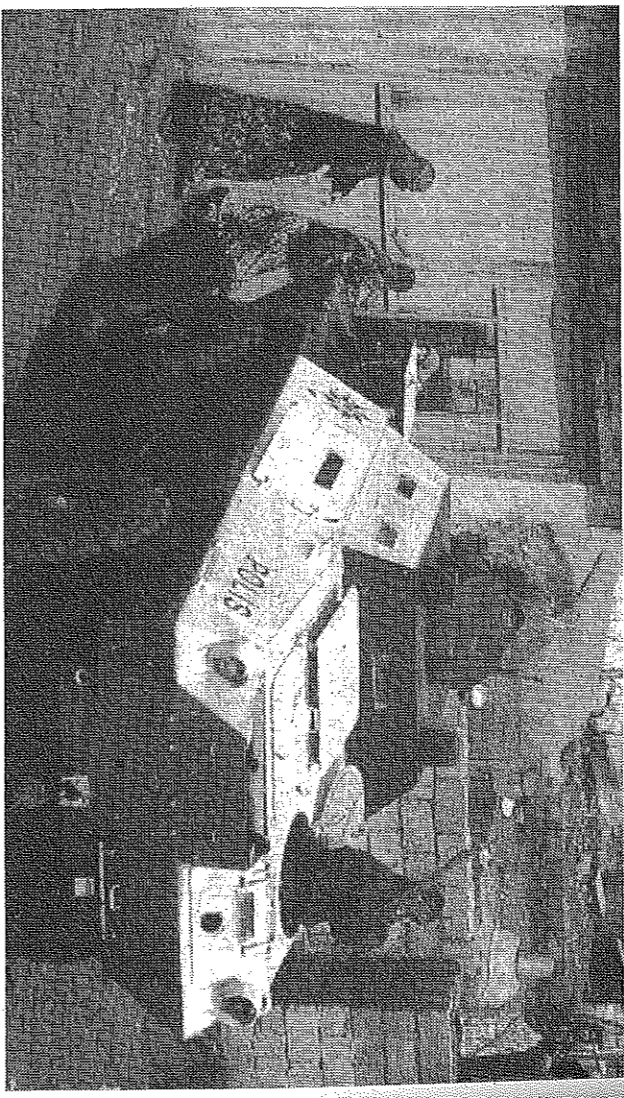
immer weniger Geld für Bildung verbüßert werden, während

Die

Weder Putsch noch Islamismus!



Wahlveranstaltung der Islamisten: sie haben von der Enttäuschung mit den korrupten Politikern profitiert.



Die Polizei greift kurdische Zivilbevölkerung an. Im schmutzigen Krieg in Kurdistan starben bisher fast 30.000 Menschen.

Die neue Regierung von Generalstabs Gnadend hat seit ihrem Amtsantritt im Juli nichts geändert. Wer wird davon enttäuscht sein? Gerechnet hatte ohnehin niemand damit. Seitdem Yılmaz Ministerpräsident ist, hat die Armee zwei Großoffensiven auf irakischen Territorien gestartet, um die Lager der PKK-Guerilla zu zerstören. Eine neue Welle von Preiserhöhungen belastet die ArbeitnehmerInnen, Bauern und Armen.

Im Frühjahr hatte die Armee eine Kampagne gegen die islamische Refah-Partei in Gang gesetzt, die damals noch mit der konservativen DYP das Land regierte. Die Militärs unter der Führung des Nationalen Sicherheitsrats malten das Schreckgespenst der „islamistischen Gefahr“ an die Wand, um den Teil der Bevölkerung zu mobilisieren, der hinter den weltlichen Werten der Republik Atatürks steht. Vor allem die oppositionellen bürgerlichen Parteien wie die Sozialdemokraten und einige Gewerkschaftsführer trabten hinter den Militärs, „um die Republik zu schützen“ - und danach mit Regierungsposten belohnt zu werden. Die Refah mußte gehen, Yılmaz wurde Regierungschef. Bei großen Teilen der städtischen Bevölkerung, sowohl bei ArbeiterInnen und Angestellten als auch Unternehmen und den Angehörigen der Staats- und Militärbehörden, ist der Laizismus, das Bekenntnis zur Trennung von Staat und Religion, traditionell tief verankert. Doch die angeblich „fortschrittlichen“ Werte der Atatürkschen Republik sind in den letzten Jahren ausgehöhlt worden.

Krise der Republik

Atatürks Republik macht immer weniger Menschen satt. Viele leben in bitterer Armut und hoffen auf die Islamisten, die demagogisch eine „gerechte Ordnung“ und die Bekämpfung der Armut versprechen. Das Modell der türkischen Republikgründer, das rückständige Agrarland unter Komman-

do des Militärs in die Reihe der entwickelten kapitalistischen Länder zu katapultieren, hat nicht funktioniert. Während des Nachkriegsaufschwungs bis in die 70er Jahre entwickelte sich die Türkei zwar schnell, doch war der Absturz um so tiefer. Die Landflucht wegen der Konzentration der Böden in den Händen der Großgrundbesitzer und wegen des Kräftegleichnisses ohne daß die westtürkischen Großstädte mehr Industriearbeitsplätze anbieten würden. In Zeiten gestiegenen kapitalistischen Konkurrenzkampfes weltweit ist die Türkei ins Hintertreffen geraten.

Die Inflation steigt, die Wirtschaft wächst langsam, immer neue Versuche der aufeinanderfolgenden Regierungen, im öffentlichen Sektor Masseneinstellungen durchzusetzen, haben die Staatsangestellten in die Opposition zum Staat getrieben. Der seit 70 Jahren herrschende Kommandoton hat das Land entgegen der Propaganda der Militärs nicht zusammengehalten, sondern an den Rand des Abgrunds getrieben. Die Widersprüche zwischen Türken und Kurden, Islamisten und Laizisten, Sunniten und Aleviten, zwischen Tradition und Moderne sind in den letzten Jahren massiv gewachsen. Auf kapitalistischer Grundlage wird es keine Weiterentwicklung für die Türkei mehr geben. In der weltweiten Arbeitslosigkeit fungiert das Land vor allem als Arbeitskräfte-reservoir für Westeuropa und als strategischer Militärposten im Nahen Osten. Nichts zeigt das deutlicher als die Weigerung der EU, die Türkei aufzunehmen.

Die hoffungslose Lage vieler Menschen ist der Nährboden für die Refah-Partei. Diese hatte sich im Wahlkampf Ende 1995 radikal gegeben. Im Koran wären keine Zinsen erlaubt, statt weiterer NATO- und EU-Integration müsse ein islamisches Bündnis geschaffen werden. Einmal an der Regierung, schwenkte ihr Führer Erbakan um und führte brav die Gesetze der vorherigen sozialdemokratisch-konservativen

Koalition weiter, von „gerechter Ordnung“ keine Rede mehr, Privatisierung stand wieder auf der Tagesordnung, der Krieg in Kurdistan ging weiter.

Insofern wirkte die Refah mehr als eine Art islamische CSU. Sprüche fürs Gebet, ein wenig „Volksbröt“ für die Armen der Großstädte, aber sonst wurde die Politik für die Reichen forgeföhrt.

Die Militärs lügen, wenn sie Erbakan und Refah als akute Bedrohung darstellen. Aber sie haben perspektivisch recht: die Türkei hat ihren BewohnerInnen immer weniger zu bieten, die Entfremdung vom Staat nimmt zu. Mehr Menschen su-

war Erbakan Minister einer konservativen Regierung. Die Verhandlungen zwischen Fundamentalisten, Konservativen und Faschisten waren eng. Im Militärputsch 1980 wurde die Arbeiterbewegung und die Linke zerschlagen. Tausende wurden getötet, Zehntausende inhaftiert.

Die Putschgeneräle präsenten den Islam, organisierten staatliche Gelder für religiöse Schulen, verteilten großzügig Posten im gehobenen Staatsdienst an Fundamentalisten. Die Refah konnte in den Armenvierteln der Großstädte, den ehemaligen Hochburgen der revolutionären Linken, die freie

Stelle besetzen. In der durch die Niederlage von 1980 demoralisierten Bevölkerung konnte die Refah ein Netz aufbauen, organisierte soziale Hilfestellungen, während sich der Staat zurückzog. Die Generäle hatten den Islamismus als ihr Werkzeug aufgebaut. Erst als es ein Eigenleben entwickelte, befahlen sie „Kehrt Marsch!“ und stellten sich als die Retter der Republik und der Demokratie (!) dar. Sie appellierten sogar an die Arbeiterbewegung, sie zu unterstützen. Schlamm genug. Noch schlimmer ist allerdings, daß einige Gewerkschaftsführer und sogar einige Ex-Maoisten ihrem Ruf folgten und heißen, daß Märchen von den fortschrittlichen Militärs zu verbreiten.

Der Mafia-Staat

Auch die Verkommenheit des Staatsapparates untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung. Im

**MR BIRPAHYOL!
NE HAVAYRO!**

Weder Refahyol (Koalitionsregierung von Islamisten und Konservativen bis Frühjahr 97) noch „Stillgestandene!“ — Slogan der ÖDP gegen die beiden Übel Islam und Militär, von denen keines das Kleinere ist.

Stelle besetzen. In der durch die Niederlage von 1980 demoralisierten Bevölkerung konnte die Refah ein Netz aufbauen, organisierte soziale Hilfestellungen, während sich der Staat zurückzog. Die Generäle hatten den Islamismus als ihr Werkzeug aufgebaut. Erst als es ein Eigenleben entwickelte, befahlen sie „Kehrt Marsch!“ und stellten sich als die Retter der Republik und der Demokratie (!) dar. Sie appellierten sogar an die Arbeiterbewegung, sie zu unterstützen. Schlamm genug. Noch schlimmer ist allerdings, daß einige Gewerkschaftsführer und sogar einige Ex-Maoisten ihrem Ruf folgten und heißen, daß Märchen von den fortschrittlichen Militärs zu verbreiten.

Die Geister, die ich rief

Das bürgerliche Politestablisment und die Militärs stellen sich als Kämpfer gegen den Islamismus dar. Nichts könnte verlogener sein. Wie in vielen anderen Ländern der Region sind die Islamisten bewußt von der herrschenden Klasse und den Militärs unterstützt worden, um die Linke zu schwächen. Schon in den 70er Jahren

November 1996 ereignete sich ein folgenschwerer Unfall in der Nähe der Kleinstadt Susurluk. Im Auto saßen Sedat Bucak, ein Abgeordneter der regierenden DYP- und Führer einer kurdischen „Dorfschützermiliz“, die gegen die PKK kämpft, Abdullah Cati, ein von Interpol gesuchter faschistischer Terrorist, die „Schönheitskönigin“ Gonca Uz sowie der ehemalige Polizeipräsident von Istanbul, Hüseyin Kocadag. Im Kofferraum befanden sich Waffen und falsche Papiere. Nur Bucak überlebte den Unfall schwerverletzt.

Das bedeutet jedoch nicht, daß sich die Stimmung gewandelt hätte. Die Arbeiterklasse und die Jugend sind unruhig. Es gibt kein Vertrauen in die bürgerlichen Politiker. Auch das Aussehen der Islamisten, die ihren sozialen Spritzen nicht gerecht wurden, ist erschütternd, die Herrschaft der Militärs wird kritischer gesehen. Die Beschäftigten im großen öffentlichen Sektor kommen immer mehr mit der Regierung in Konflikt. Trotz aller nationalistischen Propaganda gibt es mehr Opposition zum Krieg in Kurdistan.

Im Zuge der Susurluk-Affäre kam heraus: Höchste staatliche Stellen koordinieren den Einsatz von Todesschwadronen gegen Kurden und linke Oppositionelle. Sie sind für das „Verschwindenlassen“ vieler Menschen verantwortlich. Die „Kontingentlia“-Einheiten bestehen zumeist aus Anhängern der faschistischen „Grauen Wölfe“. Für diese Aktionen und wohl auch zur Bereicherung der Beteiligten werden Gelder aus dem Drogenhandel verwendet. Möglicherweise Ciller persönlich, aber zumindest ihr verbundene Kräfte, sind in die Ermordung von rivalisierenden Gangstern verwickelt, um den eigenen Anteil im Drogenhandel zu vergrößern. Auch Angehörige des militärischen Geheimdienstes MIT, der in Rivalität zum Innenministerium und zur Polizei steht, wurden getötet, weil sie Informationen in der Öffentlichkeit verbreiten wollten.

Auf dieser Grundlage konnten linke Parteien ihre Aktivitäten verstärken. Davon hat vor allem die ÖDP (siehe Artikel S. 7) profitiert. Mit ihrer Kampagne gegen Militärs, Islamisten und Korruption konnte sie die Stimmung vieler ArbeiterInnen aufreißten und als Höhepunkt im Juli eine Kundgebung mit 50.000 Menschen organisieren. Die ÖDP und andere linke Gruppen konnten sich trotz der Polizei- und Militärwillkür Freiräume in den Großstädten schaffen und können dort relativ offen auftreten. Mit einer klaren Haltung gegen alle Spielarten kapitalistischer Politik und für die Interessen der ArbeiterInnen und der Armen wird die türkische Linke ihre Basis unter den Beschäftigten verstärken und auch wieder eine Basis in den Armenvierteln aufbauen können.

Linke gestärkt

Die Beweise für die Verbindungen von Staat, rechten Terroristen und Drogendealern haben die Bevölkerung aufge-wühlt. Viele ahnten es zwar schon vorher, doch erst nach Susurluk entwickelte sich eine Bewegung. Millionen beteiligten sich an der Kampagne „Eine Minute Dunkelheit für

Diese Seiten wurden zusammengestellt von Claus Ludwig, Köln

1 ÖDP OLAĞAN BÜYÜK KONGRE VE KONFERANSI

10 EKİM 1997

„Mit aller Kraft für Liebe, mit aller Kraft für Revolution und Sozialismus“, „Frieden jetzt“, „Es lebe die Brüderlichkeit der Völker“ — den ganzen Tag wurden im Atatürk Spor Salonu von Ankara kämpferische Parolen gerufen. Die Stimmung war wie bei einer Demonstration. Die Kongreß-BesucherInnen ließen sich von den über 1000 Polizisten, die rund um die Halle standen und jeden Teilnehmer durchsuchten, nicht einschüchtern. 10.000 Menschen waren am 26. Oktober zum 1. Kongreß der ÖDP (Özgürlük ve Dayanışma Partisi — Freiheits- und Solidaritätspartei) in die Hauptstadt gekommen.

Das Medieninteresse war groß, alle wichtigen TV-Stationen und Zeitungen waren angewandt, die Berichte am nächsten Tag ausführlich. Von einem Blitzlichtgewitter wie beim Einmarsch des Vorsitzenden Ufuk Uras kann so mancher SPD- oder Grünen-Politiker nur träumen.

Sammlung der Linken

Der Aufbau der ÖDP ist eine Antwort auf die Krise der türkischen Linken. Der Militärputsch 1980 hatte die linken Parteien und Gewerkschaften schwer getroffen. Hunderte Aktivisten wurden ermordet, Zehntausende inhaftiert. Erst 1986 kam es wieder zu ersten Streiks, Anfang der 90er wurde die Linke aktiviert, konnte jedoch nicht den Massenimpuls der 70er Jahre zurückerobern.

Doch auch zu ihrem Höhepunkt war die Linke stark in verschiedene Parteien zersplittert, die alle den Anspruch erhoben, die einzig wahre revolutionäre Kraft zu sein. Die meisten waren maoistisch oder stalinistisch orientiert. Rivalitäten zwischen den Organisationen führten häufig dazu, daß die Arbeiterbewegung nicht gemeinsam marschierte, sondern blockiert wurde. Teilweise gab es bewaffnete Auseinandersetzungen innerhalb der Linken, die es — neben dem Terror der Faschisten — den Militärs erleichterten, sich als Alternative zum Chaos darzustellen.

Während einige Organisationen — z. B. MLKP oder Dev-Sol — wieder an diesem Konzept anknüpfen, führten andere Gruppen Diskussionen über den Wiederaufbau der Arbeiterbewegung in der Türkei, die Gründe für den Zusammenbruch des Ostblocks und eine Zukunftsperspektive für die Linke.

Das waren einerseits die Überbleibsel der Organisationen, die vor dem Putsch Masseneinfluß hatten und durch die Unterstützung am härtesten getroffen wurden, wie zum Beispiel die Ex-Maoisten von DEV YOL (Revolutionärer Weg). Andererseits beteiligten sich die Kleinen trotzkistischen Gruppen der Türkei (z. B. YENI YOL — Neuer Kurs) und unorganisierte Linke daran.

Zentrale gemeinsame Punkte sind eine unabhängige Position gegen Islamisten und Militärs, die Forderung nach sofortigen Frieden für Kurdistan und die Ablehnung einer Kompromißpolitik der Gewerkschaftsrundungen. Einigkeit besteht — trotz unterschiedlicher Herkünfte der Gruppen — darin, daß die Länder Osteuropas wegen der nicht existierenden sozialistischen Demokratie zusammengebrochen sind. Die ÖDP steht in eigenen Worten für „eine demokratisch zentral geplante Wirtschaft“ und „fe-ministischen, ökologischen Sozialismus.“

Zwei Generationen

Bisher ist die ÖDP auf 20.000 Mitglieder gewachsen. Sie verteilte zwei Generationen: die Reste der Vor-80er-Linken und die jungen ArbeiterInnen und StudentInnen, die jetzt in den Kampf treten. Vor allem unter Jugendlichen und Frauen ist die Anziehungskraft der offenen und dynamischen Partei groß.

Während die revolutionäre Linke der Türkei traditionell die Unterdrückung von Frauen nicht ernst nimmt und Organisationsstrukturen sehr stark männlich geprägt sind, ist diese Frage in der ÖDP ein Thema. Vorher nicht parteipolitisch organisierte Aktivistinnen der Frauenbewegung beteiligen sich am Aufbau der Partei, die spezielle Lage der Frauen in der Türkei wird stark diskutiert — wenn auch nicht ohne Widerstand von „Traditionalistin“.

Nach dem Unfall von Susurluk, der die Verbindungen von Politik und organisierten Verbrechen enthüllte (siehe auch nebenstehenden Artikel), entstand die Protestbewegung „1 Minute Dunkelheit für ewige Helligkeit“. Millionen Menschen schauten jeden Abend um neun die Lichter aus. Die ÖDP und andere linke Gruppen nutzten die wütende Stimmung in der Bevölkerung und trugen diese Proteste auf die Straße. Die Parole „Weder Islam noch Militärs“ fand bei Teilen der Jugend und der Arbeiterklasse Unterstützung.

Durch den Widerstand gegen die Privatisierungsvorhaben der Regierung ist die Politisierung unter den Beschäftigten im öffentlichen Dienst groß. Die ÖDP hat sich dort eine Basis aufbauen können. Als wichtigste Herausforderung steht Erztugul Kürkcü. Ende der 60er Jahre Vorsitzender der legendären Studentenorganisation DEV GENC (Revolutionäre Jugend), die Veranstaltung in den Elendsvierteln der Großstädte, wo die Partei bisher noch nicht stark ist: „Eine revolutionäre Partei muß dort eine Basis aufbauen oder sie wird keine revolutionäre Partei sein.“

Wahrscheinlich werden 1998 Parlamentswahlen stattfinden. Die ÖDP liegt nach Umfragen bei 3 Prozent. Das wäre das beste Ergebnis einer sozialistischen Kraft, in der Geschichte der Türkei. Vor allem enttäuschte Anhänger der nach rechts gewendeten Sozialdemokraten von CHP und DSP und Wähler der kurdischen HADEP in der Westtürkei, die sich nicht nur als KurdInnen, son-

dem auch als ArbeiterInnen vertreten sehen wollen, überlegen, ÖDP zu wählen. Die Partei hat sich zum Ziel gesetzt, bis Ende 1998 25.000 neue Mitglieder zu gewinnen.

Kurdistan

Die gefährliche Tradition von Tellen der türkischen Linken, Unterdrückung und Krieg in Kurdistan als Nebensache zu betrachten, will die ÖDP nicht fortführen. Sie hat die Aktion „Eine Million Unterschriften für den Frieden“ mitorganisiert und fordert ein sofortiges Ende des Krieges. Allerdings wurde auf dem Kongreß selbstkritisch



Kundgebung der ÖDP in Istanbul im Juli 97. Die schwere Krise aller bürgerlichen Parteien hat der Linken Zulauf verschafft.

angemerkt, daß die Kampagne der Partei noch zu sehr auf Pressearbeit und Erklärungen beschränkt ist. Daher wurde beschlossen, den Kampf gegen den Krieg stärker in die Arbeiterklasse in der ganzen Türkei hineinzugetragen.

Dies wird die ÖDP stärkerem Druck von seiten des Staates aussetzen, doch führende Parteimitglieder zeigten sich selbstbewußt: der Chauvinismus innerhalb der türkischen Arbeiterklasse sei nicht mehr so stabil, die enormen Kosten von Krieg und Vertreibung würden eine Offenheit für Aufklärung über Kurdistan erzwingen. Die zu erwartende Kriminalisierung würde die Partei nicht entscheidend zurückwer-

fen.

Allerdings wird die Partei ihre Position zu Kurdistan noch weiterentwickeln müssen. Die Parole „Frieden jetzt“ knüpft an den Hoffnungen von Millionen Menschen an, doch beantwortet nicht, wie dieser erreicht werden und die sozialen und nationalen Probleme gelöst werden können.

Während viele ParteimitarbeiterInnen sagen, daß sie auch für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes und ein unabhängiges sozialistisches Kurdistan eintreten, spielen diese Positionen keine grobe Rolle in der Öffentlichkeitsarbeit. Ein Frieden durch Waffenstillstand

und Verhandlungen über begrenzte Autonomie für Kurdistan auf kapitalistischer Grundlage würde die Probleme der Region jedoch nicht lösen, das zeigt das Beispiel Palästina.

Kritik an Gewerkschaftsführern

Der wachsende Einfluß der ÖDP zeigte sich auch an den Gästen. VertreterInnen aller wichtigen Kampagnen und Organisationen waren anwesend. Akin Bırdal vom Menschenrechtsverein İHD und Murat Bozrak von HADEP gingen auf die Unterdrückung der Opposition ein und bekamen viel Applaus. Die Gewerkschaftsführer von

KESK (Verband der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst) und von MADEN-İS (Bergarbeiter), die gegen den Krieg und Kurdistan und den schlechenden Militärspritsch Stellung genommen hatten, wurden begeistert begrüßt. Buhrute gab es hingegen für Rıdvan Budak, den Generalsekretär der DISK (sogenannte „Konföderation der revolutionären Arbeitergewerkschaften“), der die Propaganda der Militärs, sie seien die Alternative zu den Islamisten, unterstützte. Er rief zum Bündnis der ÖDP mit den Sozialdemokraten auf, erhielt aber eine klare Absage der Anwesenden für diesen Unsinn.

Fatos Güney, die Witwe des berühmten linken Regisseurs Yılmaz Güney und ein Gründer der TIP (Türkische Arbeiterpartei), der stärksten linken Partei der 60er Jahre, repräsentierten die ältere Generation der Arbeiterbewegung und der Linken. Internationale Gäste kamen aus Frankreich, Australien, Dänemark und Deutschland. Der Vertreter des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KAI), dem die SAV angeschlossen ist, hob in seiner Begrüßungsrede die Möglichkeit internationaler Gegenwehr wie beim Streik der Liverpooler Hafenarbeiter und der Renault-Arbeiter hervor.

Die Reaktion auf die Rede und die vom KAI verteilten Flugblätter zeigt, daß sehr starkes Interesse an den Entwicklungen in Europa herrscht. Wichtig war die Teilnahme von Vertretern linker Parteien aus Griechenland sowie den griechisch und türkisch besetzten Teilen Zyperns. Eine gemeinsame Kampagne gegen Ausrottung und Nationalismus sowohl der griechischen Regierung als auch der türkischen Regierung ist in Vorbereitung. Die Zusammenarbeit steht ganz am Anfang, doch ist dies ein wichtiger erster Schritt. Die Arbeiterbewegung in beiden Ländern hat sich nationalistische „Ausruhscher“ geleistet und die Propa-

ganda gegen die Regierung des jeweiligen Gegners in den Vordergrund gestellt, anstatt vor allem die eigene herrschende Klasse wegen ihrer Kriegstreiberi anzugreifen.

Internationale Diskussion

Auf die Frage, ob die ÖDP schon eine Massenpartei sei, meinte ein Mitglied des Parteivorstandes: „Noch nicht. Aber wir machen schon teilweise Massenarbeit.“ Unter Industriearbeitern und öffentlich Beschäftigten hat die ÖDP eine kleine Basis aufbauen können. Diese ist noch stark auf Ankara und Istanbul — immerhin fast 25 Prozent der Bevölkerung — beschränkt, doch das Interesse in der Provinz wächst.

Die Partei ist nach wie vor klein, Islamismus, Nationalismus und das Militäris stellen die Linke in der Türkei und Kurdistan vor gewaltige Probleme. Aber die Überwindung des Sekterismus und der Aufbau eines gemeinsamen Projektes sind ein Schritt, um wieder Masseneinfluß zu gewinnen.

Anderer linke Parteien in der Türkei sind nicht bedeutungslos. Auch die EMEP (Partei der Arbeit), eine legale Partei, die von der stalinistischen TDKP (Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei) angestoßen wurde, spielt in einigen Städten eine Rolle bei der Organisation von Streiks und Studentenkampagnen.

Doch die Bereitschaft der ÖDP, sich mit anderen linken Strömungen international aus einzusetzen, ist der zur Zeit wohl beste Ansatz. Daher sollten SozialistInnen in Europa Kontakt zu ÖDP in der Türkei und zu Gruppen türkischer und kurdischer ImmigrantInnen in Europa knüpfen und so einen Beitrag zum Aufbau einer internationalen Arbeiterbewegung leisten.

„Es lebe die Freiheit und die Solidarität!“

Bericht vom Kongreß der ÖDP

Zypern: Gemeinsam gegen Nationalismus

Mehr als 4000 türkische und griechische Zyprioten nahmen am 29. November an einem Friedensfestival im „Niemandland“ teil. Das war die erste Veranstaltung dieser Art in der jüngeren Geschichte der geteilten Insel.

Doros Michael, Mikosia, Zypern

1974 hatte die Militärdiktatur in Griechenland einen rechtsgerichteten Putsch auf der Insel organisiert, daraufhin war die türkische Armee eingedrückt. Die Insel wurde nach einem Bürgerkrieg geteilt, der Norden blieb unter türkischer der Süden unter griechischer Kontrolle. Seitdem können sich türkische und griechische Zyprioten nicht mehr treffen, nicht einmal direkt miteinander telefonieren. Die 23 Jahre in der Sackgasse haben zu einer gefährlichen

Steigerung der nationalistischen Stimmungen geführt. Vorläufiger Höhepunkt war im Sommer 96 der brutale Mord an zwei griechischen Zyprioten durch die faschistischen Fanatiker der „Grauen Wölfe“, aus dem türkisch-besetzten Teil Zyperns. Dies führte zu hysterischer Stimmungsmache ihres Ebenbildes auf der anderen Seite, der „Bianen Wölfe“.

Ende letzten Jahres standen die Türkei und Griechenland an der Schwelle eines Krieges wegen dem Streit um einen verlassenen Felsbrocken in der Ägäis, der fälschlicherweise als Insel bezeichnet wird. Seitdem befürchten sich beide Länder in einem massiven Rüstungswettlauf. Erst vor kurzem kam es zu Schaukämpfen von Jagdflugzeugen über der Ägäis.

Vor diesem Hintergrund fand das grenzüberschreitende Friedensfestival statt. Viele ArbeiterrInnen und Jugendliche sind

entschlossen, kein neues Blutbad wie 1974 wie zuzulassen, als Tausende starben und die Hälfte der Bevölkerungen zu Fluchtungen wurde. Das Festival kam auf Initiative von den zypriotischen Vertretern des „Komitees für eine Arbeiterinternationale — KAI“ (dem auch die SAV angeschlossen ist, die Red.) zustande und wurde von 18 griechisch-zypriotisch und 14 türkisch-zypriotischen Organisationen getragen, darunter Gewerkschaften, Frauen-, Jugend- und Umweltschutzgruppen und linke Parteien.

Wir hatten dabei die Bemühungen der internationalen Diplomaten genutzt, die gerade versuchen, eine Verhandlungslösung zu erreichen, um diese sensible Region des Nahen Osten ruhigzustellen. Erst dadurch erhielten wir die Genehmigung, ein Festival an der Grenze durchzuführen.

Allerdings können wir uns nicht auf die Herren Diplomaten stützen. Sie haben ihre Hände in der Vergangenheit mit einer typisch imperialistischen „teile-und-herrsche“-Politik auf Zypern beschmutzt und die Destabilisierung erst herbeigeführt. Und wir können nicht den herrschenden Klassen in der Türkei und Griechenland trauen, deren widerstrebende Interessen sie selbst nach der Unterzeichnung einer Einigung in neue Konfrontation treiben werden.

Die Probleme Zyperns können nur gelöst werden, wenn die Arbeiterklasse und die Jugend die Oberhand gewinnen, für gemeinsame Interessen kämpfen und auf dieser Grundlage die nationale Frage diskutieren. Die Kundgebung vom 29. November war ein erster Schritt in diese Richtung.

Wachsende Wut gegen Privatisierung



Die rechte Regierung unter Ministerpräsident Netanjahu hat trotz Beschimpfungen und Armeeeinsatz nicht den teilweisen Erfolg der Massenstreiks verhindern können.

700.000 Arbeiter und Angestellte legten Anfang Dezember in einem fünfjährigen Generalstreik den öffentlichen Dienst in Israel lahm, um gegen Rentenreform, Privatisierung und Sozialabbau zu kämpfen. Über die Hintergründe berichtet

Amnon, Tel Aviv, Israel

Anlaß für den Streik war die Entscheidung der Regierung Netanjahu, die Rentenregelung der Amtsvorgängerin außer Kraft zu setzen. Aber der Generalstreik drückte weit mehr aus: die Wut der israelischen Arbeiter über Privatisierungen, sich verschlechternde Arbeitsbedingungen, Kürzungen bei Bildung, Gesundheit und Soziales.

„Politik und Wirtschaft gehen Hand in Hand“

Interview mit Benny Goldring, Vorsitzender des Arbeitskomitees der israelischen Telekomgesellschaft BEZEK.

VORAN: Warum seid ihr in den Streik getreten?

B. G.: „Wir streiken, weil unsere Pensionen in Gefahr sind, und auch, um die Kämpfe anderer Arbeiter zu unterstützen, deren Renten ebenfalls gefährdet sind. Der BEZEK (israel. Telekom) droht die Privatisierung, die auf hektische und chaotische Weise durchgezogen wird, was zu den schlechtestmöglichen Bedingungen für die Arbeiter führt. Die Telekom wird aufgesplittet, die Bereiche Auslandsgespräche und Kundenausstattung wurden schon ausgegliedert. Anfang des Jahres wurden 15% privatisiert, und zwar ohne jegliche Konsultation mit den Arbeitern und unglaublicherweise sogar ohne den Aufsichtsrat zu informieren.“

Wie steht ihr zu Privatisierungen?

„Die Privatisierung wird katastrophal für BEZEK werden, aber auch für die israelische Gesellschaft, durch steigende Arbeitslosigkeit, schlechtere Arbeitsbedingungen und Schwächung der Gewerkschaft.“

Umwandlung von Normalarbeitsverhältnissen in prekäre Beschäftigung, privat statt kollektiv auszuhandelnde Löhne. Das Gefühl ist allgemein verbreitet, daß die Arbeiter für die Wirtschaftskrise Israels zahlen sollen.

Verschärfung wurde der Arbeitskampf noch durch eine Äußerung des israelischen Finanzministers Jaakov Neeman, der die Streikenden mit palästinensischen Selbstmord-Attentätern verglich! Die Arbeitsgerichte erklärten den Streik für illegal. Die Medien hetzen gegen die Gewerkschaften und verleumdern die Streikenden als Parasiten, als faule Regierungsbeamte und privilegierte Arbeitnehmer, die ohnehin zuviel verdienen und gar noch mehr verlangen. Premierminister Netanjahu beschuldigte die Streikenden, „die Gesetze zu brechen und die israelische Gesellschaft zu untergraben“. Netanjahu und seine Umgebung haben verschiedene Affären wegen illegalen Verhaltens hinter sich, so daß seine Predigt an die Arbeiter über Gesetzestreue als Heuchelei betrachtet wurde.

Leider hat sich Gewerkschaftsdachverband Histadrut auf die Medien verlassen, um den Streik den Unorganisierten zu erklären. In einer Umfrage lehnten 55% der Israelis den Streik ab und nur 30% unterstützen ihn. Die Illegalisierung und die Medienhetze zeigten Wirkung.

Auf die Streikenden selbst jedoch machte dies alles wenig Eindruck. Zug-, See- und Flugverkehr, Ämter und Behörden, Öhraffinerien, Rüstungsindustrie, Banken, Börse und Unternehmungen wurden vollständig bestreikt.

Wie siehtst Du das Verhältnis zur Arbeiterpartei?

„In wirtschaftlichen Fragen gibt es keinen Unterschied zwischen den beiden Hauptparteien. Ehud Barak (Vorsitzender der oppositionellen Arbeiterpartei) bereitet sich auf Neuwahlen vor – indem er Wahlkampfspenden von Millionen in den USA eintrahet. Ich glaube, daß eine wirkliche Arbeiterpartei nötig ist, um eine Wende in der israelischen Politik herbeizuführen. Leider hat der Gewerkschaftsvorsitzende Amir Peretz, der einer solchen Partei vorstehen sollte, andere Pläne. Aber ich will mich dafür einsetzen, daß eine solche Partei entsteht.“

„Einige sagen, daß eine solche Partei durch unterschiedliche Meinungen zum israelisch-arabischen Konflikt zerrissen würde. Aber ich glaube, daß eine Arbeiterpartei eine politische Position zu allen Fragen entwickeln muß. Politik und Wirtschaft gehen Hand in Hand. Die Ideen von Karl Marx werden wiederbelebt werden, aber dieses Mal in Israel.“

vor Journalisten, daß sie nicht an juristischen Feinessen interessiert sind, sondern für die Rechte ihrer Mitglieder kämpfen. Amir Peretz hat einen kämpferischen Ruf. Aber es sind vor allem die Arbeiterkomitees, die den Druck der Mitglieder direkt spüren und dafür sorgen, daß der Streik nicht beendet wurde.

Verschärfung wurde der Arbeitskampf noch durch eine Äußerung des israelischen Finanzministers Jaakov Neeman, der die Streikenden mit palästinensischen Selbstmord-Attentären verglich!

einem Treffen einberief, um über die rechtlichen Folgen einer weiteren Verweigerung der Arbeitsaufnahme zu informieren und juristische Ratschläge zu erteilen, verließen die Sprecher der Arbeiterkomitees das Treffen und erklärten draußen

ohne über die zugrundeliegenden Fragen eine Einigung zu erzielen.

Der Streik bedeutet einen Sprung in der Entwicklung des Klassenbewußtseins der israelischen Arbeiter, das in der Vergangenheit überschat-

tet war durch eine starkes Nationalgefühl. Aber die wachsende Kluft zwischen den Klassen hat das Bewußtsein gefördert, wenn auch nicht gleichmäßig bei organisierten und unorganisierten Arbeitnehmern.

Streikergebnis

In Anbetracht der Streikwelle hat die Regierung inzwischen eingelenkt. Sie hat zugesagt, die Regelungen ihrer Amtsvorgängerin zu Pensionen und Löhnen nun doch weiterzuführen, die Gewerkschaften bei Privatisierungsplänen zu konsultieren und den Weg für neue Lohnverhandlungen freizumachen. Ein erster wichtiger Erfolg für die Arbeitnehmerinnen, die diese Zugeständnisse durch ihren Streik gewinnen konnten.

Regierungskrise in Tschechien Ummut gegen Neoliberalerale



Ministerpräsident Klaus stürzte über eine Spendenaffäre. Aber die Bereitschaft seiner Parteigänger, ihn zu optern, hatte ihre Grundlage im wachsenden Widerstand gegen die Sozialkürzungen der Neoliberalen.

Eine Regierung tritt Knall auf Fall zurück. Ein Staatsoberhaupt beschimpft die politische Elite des Landes als korrupt. Was ist geschehen im osteuropäischen Musterland der kapitalistischen Marktwirtschaft?

Tschechien erhielt in den letzten Jahren den zweithöchsten Anteil von Auslandsinvestitionen in Osteuropa und galt als vorbildliches „Reform“Land, was die Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse betrifft.

Fast unbemerkt von den internationalen Medien erlitt Tschechien jedoch schon im Sommer 97 ein ähnliches Abnutschen seiner Währung wie kurz darauf die Länder in Südostasien. Die Krone wurde massiv abgewertet, internationale Kapital floß ab. Hintergrund waren schrumpfende Zuwachsraten (1 Prozent 1996) und ein wachsendes Defizit in der Außenhandelsbilanz.

Die neoliberal-konervative Regierung von Vaclav Klaus beschloß ein rigoroses Sparprogramm, das u.a. die Verschiebung von Renten-

erhöhungen und die Kürzung der Arbeitslosenrente trotz gestiegenen Arbeitslosigkeit vorsah.

Der wachsende Ummut gegen diese Politik wurde von den Gewerkschaften aufgegriffen, die am 8. November 1997 eine Massenkundgebung in Prag organisierten. 120.000 Menschen nahmen daran teil, es wurde die größte Potesidemondstration seit 1989. Die Demonstranten forderten auch den Rücktritt der gesamten Regierung Klaus.

Dieser erfolgte dann auch nur wenige Wochen später, ausgelöst durch einen Korruptionsskandal in der Regierungspartei. Doch der Hintergrund sind die wachsenden wirtschaftlichen Probleme und der sich ausbreitende Ummut gegen die politische Elite.

Da im Januar 98 Präsidentschaftswahlen anstehen und der amtierende Präsident Havel für eine zweite Amtszeit kandidiert, hielt er zur Wahrung seiner Wahlchancen offenbar eine deutliche Distanzierung von der korrupten politischen Elite für nötig.

EU-Gipfel: Die Antwort auf die Politik von oben

Europaweiter Kampf



1997 gab es verschiedene Ansätze für grenzüberschreitende Gegenwehr der ArbeitnehmerInnen. Das waren Vorböten kommender internationale Kämpfe. Foto: Kundgebungswagen des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KAI) in Amsterdam, 14. Juni.

März 97: der erste europaweite Streik bei Renault. Juni 97: 50.000 Arbeiter und Arbeitslose aus ganz Europa demonstrieren während des EU-Gipfels am 14. Juni in Amsterdam gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. 20. November 97: 40.000 Demonstranten ziehen während des EU-Beschäftigungsgipfels durch die Straßen des europäischen Finanzkapitals in Luxemburg. Der europaweite Kampf wird zur Antivort von unten auf die Politik von oben.

Ursel Beck, Köln

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) kann sich diesem Druck der Basis nicht länger entziehen und tief neben dem Euromarsh-Bündnis dieses Mal ebenfalls auf, beim Beschäftigungs-Gipfel in Luxemburg auf die Straße zu gehen. Doch die Mobilisierung erfolgte mit angezogener Handbremse.

Anfang November streikten die LKW-Fahrer in Frankreich gegen miserable Löhne und überlange Arbeitszeiten. Hierzu kam der Frust der Trucker über nicht eingehaltene Zusagen der Arbeitgeber. Sehr schnell organisierten die LKW-Fahrer quer durch ganz Frankreich Barrikaden, blockierten Treibstofflager und Verkehrsknotenpunkte.

Torsten Stings, Siegen, IG-Metall-Mitglied

Die Folgen des Streiks gingen weit über Frankreichs Grenzen hinaus. Zum einen, weil er sich auch gegen die Liberalisierung und Deregulierung des EU-Binnenmarktes richtete, der zu einem immer wilderen Sozialdumping gerade auch in dieser Branche führt. In Frankreich zum mehr als 38.000 mit Dumpinglöhnen gegeneinander konkurrierende Unternehmen. Zum anderen, weil der Streik nicht nur in Frankreich selbst, sondern auch in den Nachbarländern Verkehr und zum Teil auch die Produktion behinderte. Einige deutsche Autofabrikanten konnten nicht weiterproduzieren, weil Teile aus Spanien nicht durchkamen.

Die deutschen Demo-Teilnehmer verstanden auch ohne Fremdsprachenkenntnisse, daß ihre KollegInnen über der Grenze härter mit ihrem Gegner umgehen.

Das gilt vor allem für den DGB und die deutschen Einzelgewerkschaften. 99,9 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland erführen nicht durch ihre Gewerkschaft von der Demo, sondern erst danach durch die Tagesschau. Hätte der EGB seine 20 Millionen

Mitglieder ernsthaft mobilisiert, so hätten die Straßen von Luxemburg nicht ausgereicht. Die Führung des EGB wollte die Teilnehmerzahl auf 20.000 begrenzen. Da hat die Basis diesmal nicht mitgemacht. Doppelt so viele sind gekommen. Für Luxemburg war es die größte Demonstration in seiner Geschichte.

Die größten und militantesten Delegationen waren aus Frankreich und Belgien. Böller, Kracher, Sprechchöre, Kampflieder sorgten für eine kämpferische Stimmung. Fahnen, Transparente und Plastikwesten mit den Emblemen der Gewerkschaften ergaben ein riesi-

ges Farbenmeer. Bauarbeiter auf den Gerüsten der Luxemburger Prachtbauten ließen ihre Kellen hiegen und jubelten den Demozug an.

Die deutschen Teilnehmer verstanden auch ohne Fremdsprachenkenntnisse, daß ihre KollegInnen über der Grenze härter mit ihrem Gegner umgehen. Arbeitloseninitiativen aus

Dies ist auch Folge einer verrückten Verkehrspolitik, die immer mehr Güter von der Schiene auf die Straße, und durch just-in-time-Produktion ganze Warenlager auf die Autobahn verlagert. (Während Personal im Schennennah- und Fernverkehr abgebaut wird, gibt es 340.000 LKW-Fahrer.) Dieser Streik zeigte eindringlich, welche Macht die Arbeiterklasse in der Gesellschaft hat, wenn ihre Kampfkraft konsequent eingesetzt wird.

Der Streik zeigte jedoch auch, daß Kämpfen allein den Erfolg noch nicht sichert. Denn der Streik wurde von den Gewerkschaftsbürokraten am Verhandlungstisch verkauft.

Heraus kamen ein Bruttostundenlohn von umgerechnet 15 DM sowie die erstmalige Erhöhung einer tariflichen Arbeitszeit von 200 Stunden monatlich - ab dem Jahr 2000, sowie weitere Flexibilisierung und Deregulierung mit positiver Bezugnahme auf die europäischen Harmonisierungsvorschriften.

Besonders die sozialdemokratische Gewerkschaft CDTJ zog es vor, Parteiführer Jospin aus der Patsche zu helfen.

Sie unterzeichneten als einzige der großen Gewerkschaften das Tarifabkommen. Doch da ihr die meisten der gewerkschaftlich organisierten LKW-Fahrer angehören, war der Streikabbruch damit besiegelt. Dies kam der „kommunistischen“ CGT nicht ungelegen, die einerseits das Tarifabkommen nicht unterschrieb, aber andererseits den KPP-Verkehrsmitteln nicht in Schwächen bringen wollte. So wurde der Ausstand gemeinsam von Unternehmern, sogenannten Linksrégierung und Gewerkschaftsführung begab-

ben. Der LKW-Fahrer Streik in Frankreich zeigt, daß die Regierung Jospin nicht die Interessen der Arbeitnehmer vertritt, sondern nur auf anderen Wege die Interessen des Kapitals durchzusetzen versucht als die bürgerliche Koalition vorher. Nicht nur in Frankreich, sondern überall treten die Gewerkschaftsführungen die Interessen der Mitglieder mit Füßen. Deshalb muß international die Schlußfolgerung gezogen und mit dem Aufbau von oppositionellen Strukturen in den Gewerkschaften begonnen werden.

Frankreich hatten sogar einen Zug besetzt und fuhren kostenlos nach Luxemburg. Zwei Sonntage aus Italien brachten Mitglieder der CGIL und der Linkspartei RC nach Luxemburg. Die Renault-Arbeiter aus Belgien waren genauso vertreten wie die traditionell der Kommunistischen Partei nahe stehende Gewerkschaft „Comisiones Obreras“ aus Spanien. Und das alles nicht an einem Samstag, sondern mitten in der Woche.

Die Führung des EGB tat mit der von ihr organisierten Kundgebung alles, um die Stimmung abzuwürgen. Langweilige Reden von DGB-Schulte und seinen ausländischen Kollegen, unpolitische Musik- und Kulturveranstaltungen schwappten über die Teilnehmer. Bevor die letzten Demoeteilnehmer auf den Platz kamen, war die Kundgebung bereits zu Ende. Ganze Demo-Abteilungen wurden am Kundgebungsplatz vorbei geleitet,

Für die 18 Millionen Arbeitslosen in den EU-Ländern kam beim Luxemburger Beschäftigungsgipfel nur heiße Luft heraus.

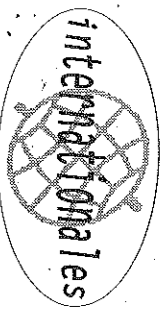
Es war offensichtlich, daß die Führung des EGB mit der Demo etwas ganz anderes im Sinne hatte als die Masse der Teilnehmer.

Immer mehr KollegInnen sehen, daß es notwendig ist gegen Maastricht und das Europa der Konzerne länderübergreifend einen gemeinsamen Kampf zu führen und betrachten die Demonstrationen von Amsterdam und Luxemburg dafür zurecht als Meilensteine. Die Führungen der im EGB zusammenge-schlossenen Gewerkschaften dagegen unterstützen die EU-Politik und die Einführung des Euro. Sie haben nicht gegen die in Luxemburg versammelten Regierungschefs demonstriert,

sondern wollen sich mit den Regierungen solidarisieren, die angeblich Maßnahmen zum Abbau von Arbeitslosigkeit ergreifen wollen. Der Witz an der Sache ist aber, daß keine einzige Regierung in der EU etwas gegen Arbeitslosigkeit tut. Die gemeinsam beschlossenen Maastricht-Kriterien und Deregulierungsvorschriften sind nichts anderes als ein riesiges Arbeitsplatzvernichtungsprogramm. Und so war von vornherein klar, daß für die 18 Millionen Arbeitslosen in den EU-Ländern beim Luxemburger Beschäftigungsgipfel nur heiße Luft herauskommen wird.

Die Verhörung von Illusionen in den EU-Gipfel durch die Gewerkschaftsführung ist aber kein Zufall. Sie will damit von ihrer Verantwortung ablenken, die gewerkschaftliche Kampfkraft zur Verteidigung von Arbeitsplätzen und zur Durchsetzung radikaler Arbeitszeitver-

kürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich einzusetzen. Auf Dauer werden sie damit nicht durchkommen. Das hat nicht nur der Kampfeifer der Demos von Amsterdam und Luxemburg gezeigt, sondern auch die Kämpfe der französischen europaweite Streik bei Renault im Frühjahr dieses Jahres. Der Anfang für europaweiten Kampf ist gemacht. Die Demo zeigte auch das wachsende Interesse an einer internationalen sozialistischen Bewegung. SAV-Mitglieder verkaufen in kurzer Zeit 54 Zeitungen und mehrere Broschüren des Komitees für eine Arbeiterinternationale. ■



CUS-Statien

In den ehemaligen Sowjetrepubliken hat die Wiederaufbau des Kapitalismus schlimmere wirtschaftliche Einbrüche zur Folge als in den härtesten Zeiten des Zweiten Weltkriegs, als die deutsche Wehrmacht ganz Weißrußland und einen Teil der Ukraine besetzt hielt und die industrielle Infrastruktur der SU zerbombt wurde. 1942 ging das BSP bezogen auf den Vorkriegsstand um 22 Prozent zurück, zwischen 1989 und 1995 ist es in den Republiken der ehemaligen SU um 44 Prozent gesunken.

Britanien

Tony Blairs New Labour-Regierung hat die Kinder-geldzuschläge für Alleinerziehende (32 DM pro Woche) gestrichen. In Britanien gibt es 1,7 Mio. Alleinerziehende mit 2,9 Mio. Kindern, die zu 80 Prozent einkommensabhängige Sozialhilfe erhalten. Rund 150 Labour-Abgeordnete stimmen entweder gegen das Gesetz oder enthielten sich, daher könnte es nur gemeinsam mit den Tories durchgebracht werden. Gegen die Labour-Abweichter werden Parciausschlußverfahren geprüft.

Kasachstan

Aynur Kurmanow, inhaftierter Gewerkschafter und Sozialist aus Uralisk, hat am 1. Dezember einen Hungerstreik gegen seine unmenslichen Haftbedingungen und die konstruierten Anklagepunkte begonnen. Der Prozeß gegen ihn und seinen Kollegen Sergei Kolokolow soll am 18. Dezember fortgesetzt werden.

Bei einer Protestaktion von Mitgliedern der russischen Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale vor der kasachischen Botschaft in Moskau wurden einige Demonstranten kurzzeitig verhaftet.

Protestbriefe mit der Forderung nach sofortiger Freilassung von Kurmanow und Kolokolow bitte an: Botschaft der Republik Kasachstan, Oberer Lindweg 2-4, 53129 Bonn, Fax: 0228/9238031

BRD / Irak

Trotz der regelmäßigen Einmärsche der türkischen Armee in Irak-Kurdistan, der vielen Verschleppungen von Hussein-Gegnern durch den irakischen Geheimdienst und des Krieges zwischen den rivalisierenden kurdischen Parteien PUK und KDP werden immer häufiger Flüchtlings aus Irak-Kurdistan von deutschen Gerichten zurückgewiesen.

Gegen schon anerkannte Flüchtlings wurden Widerrufsverfahren eingeleitet, mit dem Ziel sie abzuschließen. Die Begründung: Die Verhältnisse im Irak hätten sich „grundlegend geändert“.

Die Föderation Irakischer Flüchtlings- und Immigrantenträte protestiert gegen diese Neuanschätzung und fordert die Anerkennung aller Flüchtlinge aus dem Irak als politisch Verfolgte.

Protestbriefe bitte an: Bundesministerium des Inneren, Graubündlerstraße 198, 53113 Bonn, Fax: 0228/6815218

LKW-Fahrerstreik in Frankreich

Ein Streik und sein Ausverkauf



Im LKW-Streik spielten die „linke“ Regierung, die Gewerkschaftsführer und die Unternehmer zusammen, um den Streik zu beenden.

Was will die SAV?

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, der Sozialabbau geht weiter, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Fast jeder macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts.

Um die Profite zu sichern wollen Unternehmen und Regierung zurück zu Verhältnissen wie vor hundert Jahren. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die ganze Stärke der Arbeiterklasse zu nutzen um die Angriffe zurückzuschlagen. Doch die führenden Gewerkschaftsfunktionäre scheitern vor konsequenter Gegenwehr zurück. Wenn Streik oder Generalstreik nötig ist, ziehen sie Verhandlungen vor und schließen faule Kompromisse.

Weder die Gewerkschaftsführung noch die etablierten Parteien sind bereit, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen und das Geld zu holen, wo es ist. Die SPD ist kaum noch von der CDU zu unterscheiden, Bündnis 90/Die Grünen werden immer mehr zur Öko-FDP. Die PDS vertritt zwar zum Teil fortschrittliche Ideen. Die PDS-Führung setzt aber auf Anpassung statt auf Kampf.

Von einer Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem ist entweder gar nicht die Rede oder nur von einer „Utopie“. Deshalb wurde 1994 die **SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE (SAV)** von Gewerkschaftlerinnen, linken SPD und PDS-Mitgliedern um die sozialistische Zeitung **VORAN** gegründet. Wir sind demokratisch aufgebaut. Wir haben keine abgehobenen Berufspolitiker, die ein Vielfaches eines normalen Durchschnittslohnes verdienen.

Gegenwehr

Wir sehen nicht tatenlos zu, wie Kohl und Kapital uns unsere Zukunft verbauen. Wir organisieren Gegenwehr, gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umwelzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns an Zusammenschlüssen kritischer und kämpferischer KollegInnen an der Basis.

Wofür wir kämpfen

Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege.
- ★ Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
- ★ Verteilung der Arbeit auf alle 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente von 2000 DM netto)
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen
- Frauen**
- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr
- Umweltschutz**
- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltschädlicher Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- Bezahlbare Wohnungen**
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Solidarität

Weil die kleine Minderheit aus Unternehmen und Regierung ihre Interessen gegen die große Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen will, gemeinsam sie uns zu späteln. Wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, Jung und alt.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationalen“ zusammengeschlossen. Heute treffen Großkonzerne und Banken ihre Entscheidungen nach ihren Profitinteressen. Eine Mehrheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Hunger, Elend und Kriege finden täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Armut und Arbeitslosigkeit sind international. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Sozialismus

Dabei würde bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft die vorhandene Wirtschaftskraft ausreichen, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Die SAV will das Übel an der Wurzel packen und den Kapitalismus abschaffen. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Unser Ziel ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Das System in Osteuropa war kein Sozialismus. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Wir brauchen stattdessen eine demokratische Planung der Wirtschaft. Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen erübrigt werden, damit die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik zum Nutzen der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden können.

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußball den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandsentsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmen und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verlieren als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn
- Nein zum Europa des Kapitals**
- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zu Maastricht

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine Überbezahlen und korrupten Mägnern und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

SAV - aktiv im Prenzlauer Berg (Berlin)



Das Jahr 1997 bedeutet für Berlin vor allem Kürzungen in jedem Bereich. In der letzten Ausgabe berichteten wir, wie wir in vielen Bereichen den Kampf gegen die rigorose Sparpolitik des Senats aufgenommen haben.

Bei unseren wöchentlichen

Werde Mitglied der SAV

- ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
 - ich möchte Mitglied der SAV werden.
- Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:
Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln
Infofonetelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

Spendenfonds

Ob Kampagnen gegen kommunale Kürzungen, Kampf gegen Nazis, Solidaritätsarbeit bei Streiks oder auch die Herausgabe dieser Zeitung – politische Arbeit kostet Geld. Flugblätter, Plakate, Telefon, Kopierer, Miete... Zur Finanzierung bitten wir die Leute um Spenden, die selber nicht gerade im Geld schwimmen. Menschen mit und ohne Arbeit, Sozialhilfeempfänger, Jugendliche und Rentner. Und wir bitten, von einem Einkommen etwas abzugeben, das immer knapper wird. Leider gibt es dazu gar keine Alternative. Den Kampf gegen Sozialabbau werden nicht diejenigen finanzieren, die den Sozialabbau betreiben. Geld für Gegen-

wehr gegen Kohl und Kapital können wir nicht aus dem Unternehmenlager erwarten. In welchem Umfang wir Gegenwehr organisieren können, in welchem Ausmaß wir Argumente bzw. für eine sozialistische Alternative verbreiten können, hängt nicht zuletzt von dem Geld ab, das uns zur Verfügung steht.

Deshalb: Deine Spende für die SAV – die beste Investition die es im Kapitalismus gibt! (Als einmaliger Betrag, als Förderabo, oder monatlich per Dauerauftrag oder Einzugsermächtigung.)

Spenden an: **Voran, Postbank Essen, Kto-Nr.: 2500 59-430, BLZ: 360 100 43**

Mehrmals beschlossen wir einen Platz haben. Mehrmals beschlossen wir spontan, Aktionen durchzuführen und Protest- und Solibriefe z. B. für streikende Busfahrer in Indien und einen Gefangenenterritoriale Organisation der SAV – Comité for Workers International) in Kasachstan zu schicken.

Der „Politikverdruss“ ist kein Desinteresse, sondern der Überdruß an den etablierten Parteien und Politikern. Wir haben gezeigt, daß wir keine Partei sind, wo Politiker, wie man sie sonst kennt nur schelten, sondern wo sich jede(r) Betroffene selbst und gemeinsam mit anderen für eine Gesellschaft eintritt, die nach den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und nicht des Profites gestaltet ist.

Alexandra Arnsburg,
Berlin, Telekom-
Auszubildende

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

- Berlin**
 - OG Treppow-Köpenick: Montags 19 Uhr, Alte Feuerwache, Grünauer Str. 9, Nähe S-Bahnhof Schöneweide
 - OG Prenzlberg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonski-Str. 27a, S-Bahn Prenzlauer Allee
 - OG Wedding: Mittwoch 19 Uhr, Linkstreif Wedding, Weddingstr. 6, U-Bahn Nauener Platz
 - Infos unter Tel.: (030) 4408429 im SAV-Büro
- Stuttgart**
 - OG Mitte: Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
 - OG Süd-West: Mittwoch 19.30 Uhr, Jugendhaus Heschach (Böblingen Str. 92)
 - Infos unter Tel.: (0711) 2238823 im SAV-Büro
- Aachen**
 - OG Ost: Montags, 19.30 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
 - OG West: Mitwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Dritte-Welt-Haus, An der Schanz 1
 - Infos unter Tel.: (0241) 50 8685 im SAV-Büro
- Frankfurt/Main**
 - Donnerstags, 19 Uhr, Jugendhaus Heideplatz, Schleiermacherstr. 7
 - Infos unter Tel. (069) 453275
- Bremerhaven**
 - Montags, 19 Uhr, SAV-Büro, Hafensstr. 64
 - Infos unter Tel.: (0471) 41 75 48 im SAV-Büro
- Bremen**
 - Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschieß, Hastedter Ost-erdlich 230.
 - Infos unter Tel.: (0221) 13 45 04
- Köln**
 - Donnerstags, 19.30 Uhr, Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstr. 9a, U-Bahn Kalk Kapelle
 - Infos unter Tel. (0221) 13 45 04
- Dresden**
 - Infos bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen
- Sonstige**
 - Saarbrücken: (06 81) 81 55 67
 - Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 134504: Darmstadt, Düsseldorf, Hamburg, Karlsruhe, Lübeck, München, Recklinghausen

VORAN

Impressum
Überregionale marxistische Monatszeitschrift – Erschienen seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert
Erscheinungswelle: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 02 21 / 13 45 04 oder 13 46 04 Fax 02 21 / 13 72 80
e-mail: SAV/BUND@AOL.com
Bartverbindung: Postbank Essen (BZ 360 100 43) Konto: 2500 59-430

ABONNIERT VORAN!

Name, Adresse, Telefon

zehn Ausgaben zu 25,- DM

zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (im Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Förderabo, 10 Ausgaben zu DM (ab 50,-)

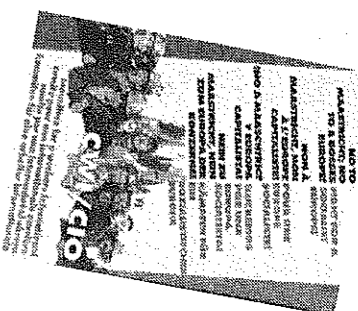
Broschüren und Bücher



Der Niedergang des Kapitalismus und der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei. Beschlüsse vom SAV-Bundeskongress 97. 96 Seiten, 8 DM.



The Tiger Strikes Back. Englische Broschüre über die Streikbewegung in Südkorea 96 Seiten, 5 DM.



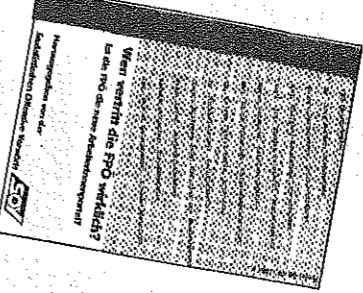
Nein zu Maastricht, nein zum Europa der Konzerne. Mehrsprachige Broschüre (deutsch, engl., franz., span., ital.) 48 Seiten, 5 DM.



Che Guevaras Vermächtnis - zum 30. Todestag des Revolutionärs. 20 Seiten, 2,50 DM.



Uprising in Albania. Englische Broschüre über den albanischen Aufstand, Frühjahr 97. 32 Seiten, 4,50 DM.



Wen vertritt die FPÖ wirklich? Buch der Sozialistischen Offensive Vorwärts (SOV, Österreich) 70 Seiten, 7 DM.

Bestellungen über die Bundeszentrale:
Bitte Preis der Broschüre + 3,- DM Porto beilegen oder auf das Konto überweisen (Kontonummer siehe Seite 10 unter Spendenfonds)

Sozialismus - Wochenenden 480 BesucherInnen bei den Veranstaltungen

Erfolgreiche SAV-Sozialismus-Wochenenden wurden im November und Dezember 97 von einer Reihe Ortsgruppen durchgeführt: Aachen, Berlin, Köln, Rostock, Stuttgart, Bremen, Siegen, Kassel. In einer Mischung aus Seminar, Veranstaltung und Kulturangebot reichten die Themen von Faschismus, Umwelt über Frauen, Che Guevara bis Gewerkschaften und Euro. Diskutiert wurden bei allen Veranstaltungen die Lehren aus der Oktoberrevolution 1917, die heutige Lage und die sozialistische Alternative. Insgesamt lockten die Sozialismus-Wochenenden rund 480 TeilnehmerInnen an, von denen etwa 80 Interesse bekundeten, bei der SAV mitzumachen.

Ohne Moos nix los!

Findest Du gut, was die SAV macht?

Dann solltest Du uns mit einer regelmäßigen Spende unterstützen. Jeder Beitrag hilft uns. Wichtig ist, daß er regelmäßig kommt. Dann können wir unsere Arbeit besser planen.

Wir fordern auch alle Mitglieder auf: Fragt Eure Freunde/Freundinnen, KollegInnen, Bekannte, Eltern nach einer regelmäßigen Spende für die SAV. Siehe auch den Abschnitt „Spendenfonds“ auf Seite 10.

Am besten noch heute die Einzugsermächtigung ausfüllen und abschicken an: SAV, hansaring 4, 50670 Köln. (Sie kann jederzeit formlos widerrufen werden.)

JA, ich möchte die Sozialistische Alternative unterstützen:

Ich möchte eine monatliche Spende über DM machen (ab 5 DM Spende im Monat schicken wir Dir die VORAN kostenlos zu). Ich richte einen Dauerauftrag auf das folgende Konto ein: VORAN, Konto-Nr. 2500 59-430, Postbank Essen, BLZ 360 100 43

Ich erteile VORAN e.V. eine

Einzugsermächtigung über:

DM einmalig monatlich vierteljährlich

Kontoinhaber, Anschrift:

Kontobank, BLZ:

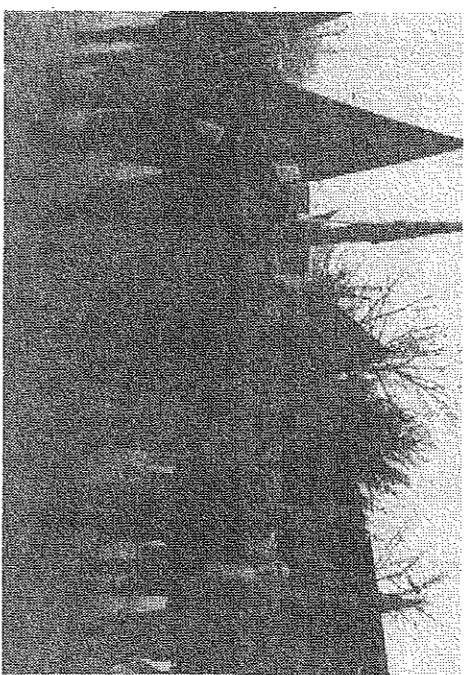
Ort, Datum, Unterschrift:

11. Januar 1998: Auf nach Berlin Gedenken an Liebknecht und Luxemburg

Auch in diesem Jahr ruft die SAV alle Mitglieder und UnterstützerInnen zur Teilnahme an der Gedenkemonstration und -feier zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf. Karl und Rosa, die beiden wichtigsten FührerInnen der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland, wurden vor 79 Jahren von reaktionären Freikörper auf Geheiß von SPD-Führern ermordet.

Im letzten Jahr machten über 70.000 Menschen deutlich, daß die Ideen des Sozialismus nicht tot sind. Die steigende Zahl von jugendlichen TeilnehmerInnen bei der Gedenkemonstration

zeigt, daß dieser Tag immer mehr zu einem Anlaufpunkt für die Jugend wird, die auf der Suche nach einer Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaft ist.



Kranzniederlegung bei der Gedenkfeier im Januar 97.

Weg mit Kohl - jetzt aktiv werden für eine sozialistische Alternative!

Demo: 10 Uhr ab „Platz der Vereinten Nationen“ Beteiligt Euch am internationalen Block der SAV mit SozialistInnen aus Österreich, Belgien, der Tschechischen Republik und Schweden.

Großveranstaltung der SAV nach der Gedenkfeier: 14 Uhr im „Tollhaus“, Siegfriedstraße 136 vom U- und S-Bahnhof Lichtenberg mit Tram 21 bis Siegfriedstr./Herbergstraße

RednerInnen: Angela Bankert (SAV-Bundesvorstand)
Aron Amm (SAV-Vorsitzender Berlin)
Anja Deschoemaker (Kämpferische Linke, Belgien)
Elin Gauffin (Gerechtigkeitspartei - die Sozialisten, Schweden)
und aktive GewerkschafterInnen, im Streik aktive Studierende ...

Internationales Treffen

Ende November traf sich der internationale Vorstand des CWI. Ausführlich diskutiert wurde die weltwirtschaftliche Lage nach der Krise in Südostasien, wobei sich die Teilnehmer einig waren, daß damit eine weltweite Rezession näher gerückt ist, wahrscheinlich die tiefste der Nachkriegszeit mit weitreichenden sozialen und politischen Konsequenzen (siehe dazu auch Seite 2). Weiterhin standen auf der Tagesordnung die Situation in den Ländern der sogenannten „Dritten Welt“, die Entwicklung neuer Gewerkschaften und politischer Parteien in diesen Ländern und die Entwicklungstendenzen in China sowie ein Erfahrungsaustausch über den Aufbau der Mitglieds-Selektionen in den einzelnen Ländern. Erfolgreich positive Entwicklungen und deutliches Wachstum waren in Australien, Pakistan, Irland und Schweden zu verzeichnen; in Pakistan und Schweden konnten die Parteien auf eine wöchentlich erscheinende Zeitung umstellen.

An der Sitzung nahmen auch Gäste anderer politischer Organisationen teil, wie die UIT (Internationale Arbeiterunion), mit der das CWI in Diskussionen mit dem Ziel einer möglichen Vereinigung beider Organisationen eingetreten ist. Eine gemeinsame Erklärung



rung von CWI und UIT zum Stand der gemeinsamen Diskussion kann über die Redaktion VORAN bezogen werden. Weiterhin waren Vertreter der LIT (internationale Arbeiterliga), der Proposta (linke Strömung in der italienischen RC), der ITO (internationalen trotzkistischen Opposition) und der Arbeiterräte (französische Gruppe) anwesend.

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für den Aufbau einer Arbeiter-Internationalen“ (KAI, engl. CWI - Committee for a Workers International).

Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse:
CWI, PO Box 3688, London E9 5QX,
GB, Tel.: 0044/181/533 0201
Fax: 0044/181/985 0757
E-Mail: inter@dircon.co.uk

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 195 Januar 1998

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Studierende in der
SAV

Bildung ist ein

Recht, kein Privileg!

Die Streiks von über 500.000 Studierenden an 116 Hochschulen markieren die größte Jugendbewegung seit vielen Jahren. In Berlin, Dortmund und vielen anderen Städten haben SchülerInnen begonnen, sich den Protesten anzuschließen. Die Politiker von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in den Regierungen von Bund und Ländern wollen die Bewegung aussetzen. Nachdem an vielen Hochschulen die Streiks ausgesetzt wurden, stellt sich die Frage: wie weiter? **Sascha Stanicic, Köln**, erläutert die Vorschläge der SAV:

Das Ziel der Studierendenproteste ist die Rücknahme der Neufassung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) und eine deutliche Verbesserung der Studienbedingungen durch die Erhöhung der Bildungsausgaben von Bund und Ländern.

Das bundesweite Vernetzungstreffen der streikenden Hochschulen vom 5. und 6. Dezember hat den Politikern ein Ultimatum bis zum 18. Januar gesetzt. Anfang Januar findet ein bundesweiter Studierendekongress in Berlin statt, der weitere Protest- und Streikmaßnahmen planen kann.

Wenn es bis zum 18. Januar keine Rücknahme der HRG-

Novelle und eine Erhöhung der Bildungsetats gibt, sollen die Streiks bundesweit wieder aufgenommen werden. Um eine bessere bundesweite Koordination und Vereinheitlichung einer neuen Streikbewegung zu erreichen, sollten die örtlichen Streik- und Aktionskomitees vernetzt werden und eine Streikleitung gebildet werden.

Diese könnte schon beim Kongress in Berlin gewählt werden. Deshalb sollten möglichst viele Studierende aus dem ganzen Bundesgebiet an diesem Kongress teilnehmen.

Der Mangel an bundesweiter Vernetzung und Organisation ist ein Hauptproblem für die

Studierenden. Die ASten und Studierendräte sind oftmals

sehr bürokratisch und bieten nur einer Minderheit von aktiven Studierenden die Möglichkeit, sich einzubringen. Die neu entstehenden Arbeitsgruppen und Aktionskomitees sind lokal und bundesweit nicht vernetzt. Es sollte ein Netzwerk aktiver Studierender geschaffen werden, in dem jeder und jede Studierende/r Mitglied werden kann. Eine solche Studierendenorganisation, die demokratisch aufgebaut und für alle offen wäre, könnte die Proteste bundesweit weiterführen und auch den Kontakt zu protestierenden SchülerInnen und Studierenden in ganz Europa aufbauen.

Doch nicht nur die Studierenden haben Grund auf die Straße zu gehen und zu streiken. Die SchülerInnen, Auszubildenden, Arbeitslosen und ArbeitnehmerInnen sind in den 15 Jahren Kohl-Regierung Opfer von Bildungs-, Sozial- und Arbeitsplatzabbau geworden.

noch mehr! Daß dabei eine ganze Reihe Fachbereiche vor die Hunde gehen werden, ist für das Bildungsministerium ein angenehmer Nebeneffekt.

Budgetierung

„Globalhaushalte“ sollen den Hochschulen mehr Freiraum bei der Entscheidung über die Mittelvergabe geben: Für jede Hochschule steht ein fester Betrag zur Verfügung, um den die einzelnen Fachbereiche untereinander konkurrieren sollen. Wer keine Drittmittel „anschafft“, hat verloren. Aber auch „erfolgreiche“ Fachbereiche haben keinen Grund zum Jubeln, denn es ist weniger zum Verteilen da als vorher.

„Management“

Auch im Falle der Hochschulen zielen alle Vorschläge im Endeffekt auf eine „Privatisierung“ ab, eine Umgestaltung der Hochschulen zu Dienstleistern, die genau das erforschen und genau die Leute ausbilden, die die Unternehmer gerade brauchen.

Deshalb sollen Hochschulen auch eine andere Rechtsform als öffentliche Körperschaften annehmen können: Stiftung, eingetragener Verein, GmbH ... Viel Mühe hat sich der Bil-

In Baden-Württemberg und Berlin haben schon Hochschul-

beschäftigte an Demonstrationen teilgenommen. Das ist der erste Schritt in die richtige Richtung. Die SAV schlägt als nächsten Schritt einen gemeinsamen bundesweiten Streik und Protesttag vor. Um das zu erreichen, müssen die Studierenden Delegationen in Schulen, Berufsschulen und Betrieben schicken und die Gewerkschaften aufordern sich den Protesten anzuschließen.

Denn eines ist klar: die Studierendenstreiks können zwar politischen Druck ausüben. Kein Unternehmer verliert dadurch seine heiligenheiligen Profite und keine Dienstleistung bleibt unbedeutig.

Das ökonomische Druckmittel liegt in den Händen der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Gewerkschaften. Wenn dieses eingesetzt wird, können schnell Zugeständnisse erreicht und ganze Regierungen zum Teufel gejagt werden. ■

dungsminister damit gegeben, „Beschlüsse“ in „Entscheidungen“ umzuubenennen, weil letztere im allgemeinen Sprachgebrauch auch von Einzelpersonen getroffen werden können. Gremien sollen die Verantwortung an einzelne „Experten“ abgeben können. Wirtschaftsbeiträge als Teil der Hochschulleitung mit Vertretern einflussreicher Betriebe und Banken sollen gebildet werden. Am Ende dieser Entwicklung stehen dann Daimler-Benz- und Deutsche-Bank-Universitäten.

SPD und Grüne

Die rot-grün regierten Bundesländer wollen Scharfmaßnahmen wie Klausur-Trotha (Bildungsminister Baden-Württemberg) in nichts nachsehen. In Hessen wurde zwei Tage nach Bekanntwerden der Bund-Länder-Einigung Gesetze zur Budgetierung und Einführung von Globalhaushalten beschlossen.

NRW-Ministerin Brunna hat selbst ein Papier präsentiert. Die Kernpunkte sind ebenfalls Budgetierung sowie ein „effizientes Management“ an den Hochschulen, dem kein lästiges gewähltes Gremium so leicht auf die Finger schauen kann! Das gleiche wie im Rüttgers-Papier, nur in rot-grün!

Das neue Hochschulrahmengesetz Marktwirtschaft in der Bildung stoppen

Im nächsten Frühjahr soll die sogenannte „Bund-Länder-Einigung“ zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) beschlossen werden.

Holger Frauenrath, Student, Aachen

Die Hochschulen sollen laut HRG-Novelle die Möglichkeit erhalten, sich 20 Prozent ihrer Studierenden mit Bewerbungsgesprächen selbst auszusuchen. Die Zwischensprüfung soll in allen Fächern obligatorisch werden. Die Hochschulen sollen sich spätestens bis zum Ende des ersten Studienjahres über den Studienverlauf orientieren und eine Zwangsberatung durchführen. Dazu Rüttgers: „Die Hochschulen müssen aber auch den Mut haben, ungeeigneten Studierenden rechtzeitig eine andere Ausbildung zu empfehlen.“ Im Klartext: Zwangsberatung ist der erste Schritt zur Zwangsexmatrikulation, zum Rauschmeiß.

Alle diese Maßnahmen haben zum Ziel Studierende auszusieben. Schließlich halten Bildungsminister und Hochschulrektoren zwischen 30 und 60 Prozent der Studierenden für „studienunfähig“. Das Prinzip heißt Elitenehrung. Studentengebühren wurden zwar, wie von vielen CDU-

FDP-SPD-Bildungsleuten eingefordert, nicht in der HRG-Novelle festgeschrieben. Sie wurden aber auch nicht verboten. Das bedeutet, daß die Länderregierungen Studiengebühren einführen können, wie in Baden-Württemberg und Berlin schon begonnen. Vor allem aber wird es nur noch für einen kleinen Bruchteil der Studierenden in Zukunft ein Studium geben, wie wir es heute kennen. Rüttgers' Ziel ist, die Mehrheit der Studierenden mit einem „Schmalpursstudium“ abzuspielen. Der erste Schritt

soll mit der Einführung der Bachelor-/Master-Studiengänge gehen werden: nach drei bzw. fünf Jahren ist Schluß und Rüttgers hofft, „daß ein erheblicher Teil der Studierenden nach Erlangung eines Bachelorgrades die Hochschule verläßt“. Die internationale Anerkennung ist nur ein Köder. Der Kern der HRG-Novelle ist die Finanzierung der Hochschulen. In Zukunft soll sich die Verteilung der Finanzen auf die einzelnen Fächer „anden konkret erbrachten Leistungen orientieren“. Die Pläne der Bundesregierung gehen weiter: Hochschulen, die mehr Drittmittel aus privaten Quellen locker machen, sollen auch von staatlicher Seite mehr bekommen. Wer mehr hat, kriegt

Das Programm der SAV Bildung für alle!

Hochschulen

- * Rücknahme der HRG-Novelle
- * Verbot von Studiengebühren, Zwangsberatung und Zwangsexmatrikulation
- * Keine Privatisierung von Hochschulen; Nein zu Sponsoring und Wirtschaftsbeiträgen
- * Verdopplung des Bildungsetats auf 30 Milliarden DM jährlich zur Verbesserung der Studienbedingungen
- * Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien Batogs von 1500 DM monatlich für alle Studierenden und SchülerInnen ab 18 Jahre
- * Nein zu allen Hochschulzugangsbeschränkungen
- * Feststreichung des allgemeinen politischen Mandats für Studierendenvertretungen
- * Demokratisch gewählte Hochschulleitungen durch Studierende und Hochschulangehörige aus ihrer Mitte
- * Volle Gleichstellung der ausländischen Studierenden

Schulen

- * Rücknahme der Abiturverschärfungen der letzten Jahre
- * Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen
- * Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 SchülerInnen
- * Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule
- * Schulleitungen und Festlegung der Lehrinhalte durch SchülerInnenvertreterInnen, LehrerInnen und Eltern

Ausbildung

- * Einen guten und qualifizierten Ausbildungsplatz für jeden mit garantierter unbefristeter Übernahme
- * Einführung einer Ausbildungsabgabe alle Unternehmen
- * Schaffung von öffentlichen, überbetrieblichen Ausbildungszentren
- * Ausbildung unter demokratischer Kontrolle der Azubis, Gewerkschaft und Staat

